

Stand: 16.05.2024 17:16:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21088

"Konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren: Bayerns Weg aus der Coronapandemie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21088 vom 15.02.2022
2. Beschluss des Plenums 18/21096 vom 15.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren: Bayerns Weg aus der Coronapandemie

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund, dass laut Expertinnen und Experten mit einem baldigen Rückgang der derzeitigen Omikronwelle gerechnet werden kann, es aber nach wie vor eine zu große Immunitätslücke in der bayerischen Bevölkerung gibt, wird die Staatsregierung aufgefordert, verantwortungsvolle Lockerungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens vorzubereiten und zugleich konsequente Anstrengungen zu unternehmen, um möglichst viele Menschen durch Impfungen zu schützen. Die Öffnungsschritte und die Impfkampagne sollen mit einer transparenten und klaren Kommunikation begleitet werden.

1. Konsequent impfen

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag zu berichten, aus welchen Gründen Bayern laut aktuellem RKI-Impfquotenmonitoring (Stand: 14.02.2022) (RKI = Robert Koch-Institut) im Bundesländervergleich nur im Mittelfeld liegt, was die Quote der Auffrischungsimpfungen anbelangt (im Vergleich der westdeutschen Bundesländer sogar auf dem vorletzten Platz), und welche konkreten Schritte sie unternehmen will, um die Zahl an Boosterimpfungen – insbesondere die ebenfalls unter Bundesschnitt liegende Quote bei den über 60-Jährigen – zügig zu erhöhen,
- zur Vorbereitung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf einen konstruktiven Weg zurückzukehren, um Risikopatientinnen und -patienten, Pflegebedürftige und das im Gesundheits- und Pflegebereich tätige Personal bestmöglich zu schützen: Hierfür soll sie einen konkreten Plan vorlegen, wie und in welchem zeitlichen Rahmen sie ihrer Aufgabe nachzukommen gedenkt, das Bundesgesetz zu vollziehen.

2. Verantwortungsvoll lockern

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Lockerung von Coronamaßnahmen vorzubereiten und hierfür ein transparentes Kennzahlensystem zugrunde zu legen sowie die Empfehlungen von Fachpersonen aus Wissenschaft und Gesundheitswesen (u. a. des Corona-Expertinnen- und Expertenrats der Bundesregierung) angemessen zu berücksichtigen,
- ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, in Kitas und Schulen einen fortlaufenden Betrieb zu ermöglichen, der den Schutz aller Beteiligten möglichst sicherstellt und die Einrichtungen bei Bedarf unterstützt,

- die Benachteiligung der Kultur und die existenzgefährdenden Maßnahmen in diesem Bereich unverzüglich zu beenden.

Begründung:

Nach Wochen mit immer weiter steigenden Coronainfektionszahlen rechnen die meisten Fachleute nun in Kürze mit einem Rückgang der sogenannten Omikronwelle. Der Corona-Expertinnen- und Expertenrat der Bundesregierung empfiehlt deshalb die Vorbereitung „vorausschauender Öffnungsstrategien“. Gleichzeitig gibt das Gremium aber zu bedenken, „dass im Rahmen etwaiger Öffnungsschritte ungeimpfte und ältere Menschen mit einem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf verstärkt in das Infektionsgeschehen einbezogen werden. Weiterhin tragen diese Gruppen das höchste Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und müssen geschützt werden.“

Gerade für Bayern sind diese Warnungen von Bedeutung, da der Freistaat im Bundesländervergleich eine niedrige Quote an Auffrischungsimpfungen aufweist: Laut RKI-Impfquotenmonitoring vom 14. Februar 2022 liegt Bayern mit einer Quote von 53,5 Prozent nur auf Platz 10, unter den westdeutschen Bundesländern ist gar nur Hessen schlechter. Auch bei der Boosterimpfungsquote der über 60-Jährigen bewegt sich Bayern mit 75,4 Prozent im Mittelfeld (Platz 9) sowie unter dem Bundesschnitt (76,2 Prozent). Dass die Staatsregierung mit ihrer zwischenzeitlichen Kampagne gegen eine einrichtungsbezogene Impfpflicht zudem Zweifel am Impfen säte, ist vor diesem Hintergrund alles andere als hilfreich. Inzwischen lässt sich unseres Erachtens die Frage stellen, ob Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor der zentralen Aufgabe, die Impfquote zu erhöhen und möglichst viele Menschen somit zu schützen, kapituliert hat.

Dies wiederum wäre fatal, geht es doch in dieser Phase der Pandemie – gerade in Bayern – um dreierlei: konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren. Die SPD-Fraktion hatte deshalb u. a. bereits in der vergangenen Woche in Form der Dringlichkeitsanträge „Gemeinsam aus der Coronapandemie: Impfungen vorantreiben – Risikopatienten und Pflegebedürftige vor COVID-19 schützen – Rechtsstaat wahren!“ (Drs. 18/20548) und „Transparente und klare Öffnungsstrategie!“ (Drs. 18/20646) wesentliche Forderungen skizziert. Dass die Staatsregierung ihrer landespolitischen Verantwortung gerade beim Thema Impfen seit Wochen nicht gerecht wird, ist nicht länger akzeptabel.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/21088

Konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren: Bayerns Weg aus der Coronapandemie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Gerd Mannes

Abg. Toni Schuberl

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Martin Hagen

Abg. Dr. Beate Merk

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Kerstin Celina

Abg. Susann Enders

Abg. Andreas Winhart

Abg. Florian von Brunn

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Bernhard Seidenath

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Gesundheit und Pflege
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Für einen vernünftigen Weg aus der Coronapandemie: Öffnen soweit wie
möglich, aber zugleich notwendige Maßnahmen mit der Feststellung der
epidemischen Notlage in Bayern aufrechterhalten ([Drs. 18/21085](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Starke Politik für Kinder und junge Menschen - Taskforce für Psychische
Gesundheit einrichten ([Drs. 18/21086](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen,
Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)**

**Corona-Exit jetzt - Den Ausstieg aus den Maßnahmen verträglich gestalten,
Freiheit zurückgeben! ([Drs. 18/21087](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann,
Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)**

Konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren: Bayerns Weg aus der Coronapandemie (Drs. 18/21088)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Rückkehr zur Normalität ermöglichen - Ende der epidemischen Notlage feststellen! (Drs. 18/21089)

Jetzt hat Herr Staatsminister Klaus Holetschek das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf dort anfangen, wo die Präsidentin aufgehört hat, bei den Opfern und den Bildern von gestern. Auch dort waren viele der Hilfsorganisationen unterwegs, die uns in dieser Pandemie schon großartig geholfen haben. Deshalb will ich hier zuvörderst auch ihnen danken. Das sind Menschen, die sich kümmern und die nicht fragen. Sie helfen dort, wo es notwendig ist – in der Pandemie, aber auch bei solchen Unglücken. Respekt und Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Wo stehen wir heute? An welchem Punkt der Pandemie sind wir angekommen? Was sind die Themen und die notwendigen Maßnahmen, die wir jetzt gemeinsam treffen müssen? Wenn man ein Jahr zurückschaut, dann stellt man fest, dass wir damals noch über eine magische Zahl sprachen: 100er-Inzidenz. Die Frage war, was diese Inzidenz auslöst, das heißt, was wir machen können, wenn wir unter 100 angelangt sind.

Zwölf Monate sind vergangen; sie kommen einem wie eine Ewigkeit vor. Heute, am 15. Februar 2022, sind die Zahlen gut 20-mal höher; aber knapp drei Viertel der Menschen sind zweimal geimpft. Über die Hälfte haben eine Auffrischungsimpfung erhalten.

Wir haben in dieser Pandemie völlig neue Begriffe gelernt: Boostern, 2G, 3G, Delta, Omikron – Begriffe, mit denen wir vorher nicht viel anfangen konnten. Trotzdem ist es wichtig, sich an dieser Stelle zu vergegenwärtigen: Die Begriffe, die in dieser Pandemie die Gesellschaft immer getragen haben, waren andere: Wertschätzung, Solidarität, Verantwortung. Darauf fußt unsere Gesellschaft, auch in dieser Pandemie, und dafür haben sich viele, viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eingesetzt. Ihnen will ich danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was aber sagen uns die Zahlen? – Die Erfahrung sagt uns, dass Zahlen relativ und nur im Kontext aussagekräftig sind. Wir haben in dieser Pandemie viel dazugelernt. Wichtig ist nach wie vor, dass wir demütig bleiben. Corona ist nicht einfach, nicht berechenbar. Mutationen und andere Herausforderungen begleiten uns immer wieder. Wir dürfen uns nie zu sicher fühlen, dass alles schon vorbei sei und wir völlig durch seien. Nein, wir müssen weiterhin genau hinschauen.

Wir haben in dieser Pandemie aber auch viel geschaffen. Ich will es noch einmal ausdrücklich sagen: Wir haben eine beispiellose Infrastruktur auf die Beine gestellt. Denken Sie an das Pandemie-Zentrallager – eine strategische Reserve für sechs Monate. Wir haben Schutzausrüstung für 500 Millionen Euro beschafft.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz offen und dezidiert: Bei all den Dingen mit dem Untersuchungsausschuss, der notwendig ist – vielleicht – und den unser Haus transparent begleitet, gilt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch damals, in einer Notsituation, als nichts da war, verantwortungsvoll gehandelt. Sie haben versucht, Menschenleben zu retten. Sie haben Tag und Nacht gearbeitet. Sie müssen sich jetzt nicht als verantwortungslos hinstellen lassen angesichts dessen, was sie aus tiefstem Inneren getan haben. Ich danke diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal und wünsche mir, dass wir das alle zusammen tun. Es geht nicht an, dass wir ihnen

jetzt verantwortungsloses Handeln vorwerfen nach dem Motto: "Was habt ihr damals gemacht!"

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werde es nicht zulassen, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Misskredit gebracht werden. Sie haben einen großartigen Job gemacht. Das muss man immer wieder herausstellen. Wer das nicht mehr weiß, der sollte sich an dieses Thema erinnern.

Wir haben über 100 Impfzentren geschaffen und mobile Impfteams gebildet. Wir haben zusammen mit den Kommunen geschaut, dass die Impfstrategie funktioniert. An dieser Stelle gilt mein Dank noch einmal den Landräten – wie Herrn Bernreiter –, den Oberbürgermeistern – wie Herrn Pannermayr – und den kommunalen Spitzenverbänden, die sich eingebracht haben. Vor allem danke ich den Hilfsorganisationen, die immer an unserer Seite waren.

Ich danke natürlich auch den Ärztinnen und Ärzten in diesem Land. Ich will es noch einmal dezidiert sagen: Die Medizinischen Fachangestellten in den Praxen mussten oft von heute auf morgen umplanen bzw. Konzepte umstellen. Sie waren immer da. Ich wünsche mir, dass wir sie noch besser unterstützen. Der Bund sollte die Bonuszahlung ausweiten und damit auch den Medizinischen Fachangestellten in unserem Land etwas zukommen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben viel unterstützt – in der Wirtschaft, in der Gastronomie, in der Kultur, im Sport. Wir haben viele Millionen ausgezahlt, um die Dinge am Laufen zu halten. Auch für unsere Krankenhäuser haben wir Maßnahmenpakete geschnürt und 66 Millionen Euro in die Hand genommen. Ich will mich noch einmal ausdrücklich beim Ministerpräsidenten, aber auch beim Finanzminister bedanken. Das war nicht selbstverständlich. Wir haben mehr getan als andere, um unsere Pflege zu unterstützen und

neue Betten zu schaffen. Das müssen wir auch in Zukunft tun. Wir müssen aus dieser Pandemie natürlich auch lernen.

Wir haben Reha-Betten aktiviert. Wir haben Fachkliniken ins Boot genommen. Wir haben Verbünde geschaffen. Das wird uns auch in Zukunft helfen. 1.600 Beatmungsgeräte, 1.700 Monitore, 150 Blutgasanalysegeräte – und so weiter und so fort. Ich liste das auf, weil man so schnell vergisst, was in dieser Pandemie gemeinsam nach vorn gebracht worden ist.

Ich möchte an dieser Stelle allen in den Krankenhäusern, in den medizinischen Einrichtungen und in den Pflegeeinrichtungen nochmals danken. Das sind diejenigen, die immer da sind, wenn man sie braucht – ich habe das vorher schon einmal gesagt –, die sich kümmern, die nicht fragen und auf die man sich verlassen kann. Das ist in diesen Zeiten viel wert. Deswegen noch einmal ein herzliches Dankeschön. Wir werden es nicht bei diesem Dank belassen, sondern wir werden dafür kämpfen, in Zukunft die Rahmenbedingungen zu verbessern. Das ist unser Auftrag und unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir treten nun in eine neue Phase der Pandemie ein. Omikron hat Delta abgelöst. Inzwischen sind in Bayern 99,4 % der Infektionen dieser Variante geschuldet. Das ist eine neue Phase. Das ist in dieser Pandemie, wie so oft, eine andere Welle. In den ersten Wellen waren wir vielleicht nicht so gut geschützt, weil vielleicht nicht alles optimal war; ich darf das mit dem Bild des Hochwasserschutzes vergleichen. Dann kam das Impfen. Damit konnten wir unseren Hochwasserschutz verstärken. Wir haben einen Damm, ein festes Fundament gebaut und sind jetzt bei Omikron besser aufgestellt.

Heute haben wir eine Inzidenz von 1.783. Das sind 2 % weniger als vor einer Woche. Deswegen glaube ich – das ist heute auch in den Medien und auch vom Bundesgesundheitsminister gesagt worden –, dass wir den Peak erreicht haben und dass wir jetzt hoffentlich eine nachhaltige Entwicklung sehen werden, die uns herunterführt.

Wir müssen natürlich nach wie vor vorsichtig bleiben. Der Blick muss sich immer auf die Krankenhäuser richten; das ist das A und O. Warum machen wir die Maßnahmen? – Damit unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Der Blick muss sich auf die Kliniken richten. Heute haben wir 377 Betten mit COVID-Patienten belegt. Diese Zahl steigt leicht. Sieht man aber das gesamte Bild, stellt man fest, dass es auf und ab geht und dass es Gott sei Dank – ich will zu Delta zurückkehren – nicht mehr so wie vor ein paar Wochen ist, als über tausend Intensivbetten belegt waren, als wir in Gesamtdeutschland wirklich in einer prekären Situation waren. Gott sei Dank hat sich die Situation entspannt.

In den Normalstationen merken wir, dass da ein klein wenig etwas aufwächst. Die große Sorge ist, ob immer genügend Personal vorhanden ist. Natürlich infiziert sich auch das Personal, sodass auch dort Isolation und Quarantäne drohen. Trotzdem sind wir in einer anderen Situation, die es uns eben ermöglicht, heute gemeinsam andere Maßnahmen zu treffen. Es geht auch um die Verantwortung, die jeder Einzelne hat. Es ist die Zeit für mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

An dieser Stelle möchte ich nochmals ein ganz persönliches Bekenntnis zum Thema Impfen abgeben. Ich hatte mich vor einiger Zeit auch infiziert, wie der eine oder andere auch. Ich hatte auch Symptome. Wenn man selber infiziert ist, dann überlegt man schon: Was passiert da mit einem? Kommt da irgendetwas? Gibt es Long COVID oder Post-COVID? Was erwartet einen? Ich war wirklich froh, dass ich geboostert war, weil das Boostern vor schweren Krankheitsverläufen tatsächlich schützt und man innerlich dann auch anders mit dieser Krankheit umgeht. Deswegen will ich allen Menschen von dieser Stelle aus noch einmal zurufen: Gehen Sie zum Impfen! Lassen Sie sich boostern! Warten Sie nicht! Jede Impfung ist wichtig und zentral. Wir müssen diese Botschaft jeden Tag wieder neu ins Land hinaustragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gerade der Schutz vulnerabler Gruppen muss uns wichtig sein. Jetzt wird schon über eine zweite Auffrischungsimpfung für ältere Menschen und für Immungeschwächte diskutiert. Wir haben daher schon jetzt die Impfzentren informiert und gebeten, entsprechende Angebote zu unterbreiten, auch wenn die STIKO darüber noch nicht abschließend entschieden hat. Die Impfzentren sind aufgefordert, schon jetzt zusammen mit den Ärztinnen und Ärzten auf Alten- und Pflegeheime zuzugehen und sich dort mit einzubringen und Impfungen anzubieten. Wir wollen nicht warten, und wir wollen auch nichts riskieren.

Wir sind noch in der Pandemie. Deswegen ist heute auch die Frage, ob wir die epidemische Lage noch einmal verlängern sollen, aus meiner Sicht eindeutig mit Ja zu beantworten. Wir brauchen Schutzinstrumente. Wir wollen diese epidemische Lage verantwortungsvoll bis zum 19. März verlängern, wenn der Bund dann seine Entscheidung trifft. Wir brauchen aber diesen Instrumentenkasten, wenn wir weiter gut durch diese Pandemie durchkommen wollen. Wir können nach vorne gehen; wir dürfen aber nicht gleich mit Vollgas fahren. Wir müssen bremsbereit sein, und wir müssen auch die Kontrolle über das Steuer bewahren. Deswegen bitte ich Sie wirklich um Zustimmung zur Verlängerung dieser epidemischen Lage. Wir haben eine Schutzpflicht für das Leben und die Gesundheit in unserem Lande, für Ältere und Kranke und vor allem auch für Kinder und Jugendliche.

Die Maßnahmen, die wir heute getroffen haben, zeigen, dass uns Kinder und Jugendliche wichtig sind. Mir war es als GMK-Vorsitzender ein besonderes Anliegen, Kinder und Jugendliche in den Fokus zu nehmen. Ich freue mich auch, dass ich am Donnerstag bei der Kinderkommission sein darf, dass wir dort über die Frage sprechen, welche Folgen diese Pandemie hat und wie wir sie gemeinsam aufarbeiten können, wie wir Hilfestellungen und Unterstützungen geben können, damit Kinder und Jugendliche nicht die Leidtragenden der Pandemie sind, sondern vielleicht gemeinsam gestärkt aus dieser Pandemie herauskommen.

Ich darf Ihnen auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts, insbesondere von Carolina Trautner und vom Kollegen Piazzolo sagen: Schulen und Kindergärten sind immer ein besonderes Thema gewesen, ob es um Pool-Testungen ging, bei denen wir, glaube ich, in Deutschland Einmaliges leisten, oder ob es andere Themen waren. Wir müssen diese Dinge in den Fokus nehmen. Wir haben ein umfangreiches Förderprogramm für Long und Post-COVID gerade auch für Kinder aufgelegt. Ich denke an das Projekt von Frau Prof. Behrends in München, an Prof Kabesch in Regensburg und an die Zusammenarbeit mit Kinderkliniken im gesamten Land, um dort zu forschen und Angebote zu unterbreiten, damit die Probleme gut bewältigt werden können. Ich nenne das Stichwort PIMS und andere Dinge, mit denen wir uns beschäftigen. Auch da haben wir Mittel in die Hand genommen, um noch etwas mehr zu tun als vielleicht andere.

Wir müssen weiter schnell, flexibel und der Lage angemessen in dieser Pandemie handeln können. Wir brauchen einen Notfallplan und sozusagen einen Sicherheitsgurt, wenn wir weiter durch diese Pandemie fahren. Deswegen ist die Verlängerung der epidemischen Lage heute noch einmal so wichtig.

Ich möchte deutlich sagen: Ich erwarte auch vom Bund, dass er seine Hausaufgaben macht. Wenn wir im Moment sehen, was die Ampel zum Thema allgemeine Impfpflicht abgeliefert hat, wenn wir im Moment sehen, was beim Thema Genesenenstatus und bei anderen Themen geschieht, frage ich mich schon, was diese Koalition diesbezüglich geleistet hat – nämlich gar nichts.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir von Anfang an einen Regierungsentwurf gehabt hätten und nicht strategisch darauf geblickt worden wäre – man bekommt sowieso keine Mehrheit; man verschiebt dies in die Gruppenanträge –, dann hätten wir vielleicht heute schon eine Entscheidung. Diese hätten wir in der Pandemie gebraucht. Die allgemeine Impfpflicht ist notwendig, auch für die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Da kann man nur sagen: Avan-

ti Dilettanti, wie Joschka Fischer einmal zu Recht gesagt hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ach, Herr von Brunn, Sie können zwar hier den Rücktritt jedes Ministers fordern, aber schauen Sie doch einmal nach Berlin. Was ist denn passiert? – Heute sehen wir, dass das RKI die App nicht geändert hat, dass Menschen wieder verunsichert sind. Der Genesenenstatus wird bei einigen mit sechs Monaten ausgewiesen, obwohl er nur drei Monate gilt. Darüber hatten wir ja vor Kurzem gesprochen. Schauen Sie sich die einrichtungsbezogene Impfpflicht an. Das ist das beste Beispiel. Es ist doch völlig richtig und wichtig, dass wir den Finger in die Wunde gelegt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Aber Herr von Brunn, noch einmal – ich habe es Ihnen schon letztes Mal erklärt –: Sie haben keinen Minister in Berlin. Sie wissen wahrscheinlich auch, warum. – Weil kein geeigneter da ist. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass dort ein handwerklicher Fehler nach dem anderen gemacht wird. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht bekennen, aber nicht zu einem schlampigen und schlechten Vollzug, der nicht bundeseinheitlich geregelt ist. Nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen: Wenn wir in diesem Land nicht wieder zu einem Punkt kommen, an dem wir in der Lage sind zu sagen – wenn Gesetze gemacht wurden und diese nicht funktionieren –, dass wir nachsteuern oder den Vollzug anders regeln müssen, dann gehen wir an den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vorbei. Diese dürfen von

uns erwarten, dass wir uns die Dinge anschauen und nicht nach dem Motto "Augen zu und durch" handeln. Das ist es, was wir heute machen müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe heute im Kabinett Herrn Nussel ganz genau zugehört, der seit fünf Jahren für Entbürokratisierung zuständig ist. Lieber Walter, das sind doch die Themen: handwerkliche Dinge, die dann nicht funktionieren. Diese können wir doch nicht einfach durchlaufen lassen. Wir müssen sie nachbessern. Wir müssen darauf achten, dass der Vollzug funktioniert, damit das Ergebnis auch stimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Schauen Sie, Herr von Brunn, jetzt sind wir schon wieder bei der Polemik,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch – Unruhe)

die Sie hier mit einbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein! Ich habe es Ihnen vorher erklärt. Die Dinge müssen doch dort geklärt werden, wo sie zu klären sind. Dafür stehen wir mit 100 %. Sie aber diskreditieren auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, die Tag und Nacht gearbeitet haben, um Schutzausrüstung zu besorgen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das kreide ich Ihnen an, und das lasse ich Ihnen auch nicht durchgehen.

(Handbewegung des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Diese Handbewegung nehmen Sie jetzt bitte zurück!

(Zuruf: Nö!)

Wenn Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstellen, dass sie für irgendwas Geld genommen haben, Herr von Brunn,

(Zuruf)

dann nehmen Sie das sofort zurück! Das ist eine Beleidigung für die Leute, die Tag und Nacht geschuftet haben!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Entschuldigen Sie sich, Herr von Brunn, für diese Handbewegung! Das ist unglaublich, was Sie hier machen!

(Zurufe)

Es ist unglaublich, dass Sie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eines Ministeriums diskreditieren, die uneigennützig aus Verantwortung für Pflegeheime und für Krankenhäuser geschaut haben, wo sie Masken besorgen können. Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen! Das ist unverschämt!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

So brauchen Sie nicht von dem abzulenken, was in Berlin passiert. Berlin hat in dieser Pandemie nicht das geleistet, wofür die Menschen diese Regierung gewählt haben.

(Zuruf)

Berlin hat keine Führung gezeigt. Der Kanzler hat sich nicht hingestellt und Orientierung gegeben.

(Zuruf)

– Nein, Entschuldigung.

(Zuruf)

Es ist doch zu erwarten, dass sich ein Kanzler in einer Krise hinstellt und Orientierung gibt. Das können die Menschen in diesem Land doch erwarten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in dieser Pandemie an einem Punkt, wo wir mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam versuchen müssen, aus dieser Pandemie in die Freiheit zu kommen. Das können wir, wenn wir weiter vorsichtig bleiben, die Dinge, die wir heute gemeinsam auf den Weg gebracht haben, umsetzen und wenn wir unsere Lehren aus dieser Pandemie ziehen.

Das will ich an dieser Stelle sagen: Mir ist es extrem wichtig, dass wir in dieser Pandemie nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern uns überlegen: Was ist gut gelaufen im Gesundheits- und Pflegesystem? Wo können wir die Dinge verbessern? Wo können wir tatsächlich gemeinsam die Lehren ziehen? Das müssen wir zum Beispiel in der Pflege. Da ist es mit Klatschen nicht getan. Da brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen. Da brauchen wir steuerfreie Zuschläge für die Pflegekräfte.

(Zuruf)

Das könnten wir alles tun! Wo ist denn der Pflegebonus inzwischen geblieben, von dem die Koalition geredet hat? Warum ist der denn noch nicht bei den Pflegekräften draußen im Land angekommen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So werden Sie kein Vertrauen wecken bei den Menschen draußen, die Tag für Tag an diesen Themen arbeiten.

(Zuruf)

Vertrauen schafft man durch Taten und nicht durch leere Worte! Zahlen Sie den Pflegebonus aus! Schaffen Sie nachhaltige Verbesserungen in den Pflegeberufen!

(Zuruf)

Schaffen Sie steuerfreie Zuschläge für die Pflege! Reformieren Sie das Thema DRGs in den Krankenhäusern und vieles mehr! – Wir haben Vorschläge gemacht bis hin zum steuerfinanzierten Pflegegeld, und vieles andere. Wir sind in dieser Pandemie an einem Punkt, wo wir heute vernünftig und vorsichtig Schritte veranlasst haben, die tragen, weil der Blick auf das Gesundheitssystem das zulässt. Wir haben die Kontaktbeschränkungen, diese Begrenzung auf zehn Personen, abgeschafft. Ich glaube, das war richtig und wichtig an dieser Stelle. Wir haben versucht, 2G plus durch 2G zu ersetzen. Wir haben beim Thema 2G teilweise 3G umgesetzt. Hochschulen und Bildungsbereich: Wir haben für Kinder und Jugendliche eine Generalklausel geschaffen, indem wir gesagt haben: Die sind 2G gleichgestellt, wenn sie getestet sind. Das ist ein ganz wichtiges Anliegen, das wir hier gemeinsam eingebracht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, auf diesem Weg können wir fortfahren.

(Zuruf)

– Schauen Sie: Die Frage in dieser Pandemie ist immer eine der Lagebeurteilung. Ich glaube, nichts anderes tun wir. Man muss das auch tun. Es gehört zu einer verantwortungsvollen Politik,

(Zuruf)

dass man die Lage beurteilt und dann anhand der Lage schaut, was möglich ist und was nicht. Wir haben in dieser Pandemie halt immer wieder andere Lagen gehabt. Das haben wir oft gemeinsam gemacht, gut gemacht, indem wir versucht haben, das Ziel, die Menschen in unserem Land zu schützen, umzusetzen. "Schützen" heißt manchmal auch "einschränken", auch Maßnahmen zu treffen, die wehtun, die keiner will, und auf der anderen Seite Freiheit zu geben. Das tun wir dort, wo es möglich ist. Jetzt ist es möglich, und jetzt wollen wir das. Freiheit geht nur mit Verantwortung.

(Zuruf)

Das sind die beiden Themen, die uns in dieser Entscheidung tragen: Freiheit und Verantwortung. Wenn wir diese beiden Parameter in die Zukunft bringen, dann ist es genau das, was wir wollen. Wir wollen nicht von heute auf morgen umstellen, wie Herr Kubicki, der sagt: Wir brauchen keine Maske mehr. – Das wird nicht funktionieren. Wir wollen die Schulen weiter schützen. Wir wollen die Kindergärten schützen. Wir brauchen noch Instrumente, die für den Rückfall da sind. Aber dort, wo Freiheit möglich ist, wollen wir sie nicht "zurückgeben". Es geht nicht um ein Zurückgeben – Freiheit ist ein originäres Recht, das jeder von uns hat. Wir wollen, dass die Menschen ihre Freiheit wieder leben können durch einen verantwortungsvollen Umgang mit verschiedenen Dingen, die uns weiter begleiten sollen wie zum Beispiel die Maske. Das ist das Thema. Freiheit und Verantwortung – wie unsere beiden Lungenflügel: Die Demokratie atmet mit Freiheit und Verantwortung. Das ist die Politik, für die der Ministerpräsident steht und für die unsere Staatsregierung steht. Ich hoffe, dass Sie die mittragen. – Gott schütze unser schönes Land!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem schon verschiedene Versuche unternommen wurden, Zwischenfragen zu stellen: Die sind während einer Regierungserklärung nicht zulässig. Aber wir haben 88 Minuten Gesamtredezeit vereinbart. Insofern hat jede Fraktion jetzt genügend Zeit, ihre Argumente vorzubringen. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Kollege Ludwig Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Gesundheitsminister! Wir sollten etwas mehr Sachlichkeit und etwas weniger Wahlkampf in die Debatte einbringen. Das sind wir den Menschen in diesem Land schuldig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können darüber ruhig lachen. Das ändert aber nichts an der Lage, dass wir ernsthaft darüber diskutieren müssen.

(Zuruf)

Es ist richtig, und es gibt Hoffnung, dass der Expertenrat der Bundesregierung in seinem aktuellen Papier von einer neuen Phase der Pandemie spricht und davon, dass die Welle nicht vergleichbar ist, dass Omikron-Verläufe deutlich harmloser sind und dass die Krankenhäuser nicht zu stark belastet sind. Es ist klar, dass sich die Lage dann ändert, und es macht Hoffnung. Jetzt Möglichkeiten für Lockerungen – das ist gut so.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist ein sehr schmaler Grat zwischen einem fürsorgenden und einem bevormundenden Staat. Wo Freiheitseinschränkungen und Grundrechtseinschränkungen nicht mehr verhältnismäßig sind, wird ihre Rücknahme schlicht rechtlich und moralisch zur Pflicht. Daher ist es klar – da hätte ich mir heute mehr von Ihnen gewünscht, Herr Gesundheitsminister –, wie die Lockerungen in den nächsten Wochen umgesetzt werden.

Bei Ihrer Aufzählung muss ich sagen: Mein Dank gilt der neuen Bundesregierung aus SPD, FDP und uns GRÜNEN. Sie hat mit der Vorlage für die MPK morgen einen guten Stufenplan vorgelegt – einfach, transparent, nachvollziehbar und vorausschauend. Dass Sie heute schon einiges davon kopiert haben, zeigt doch, wie gut dieser Fahrplan ist, den die Regierung mit vorlegt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall – Zurufe: Bravo!)

In drei Stufen, angefangen bei den persönlichen Kontaktbeschränkungen über die Aufhebungen und Entziehungen der Beschränkungen im Einzelhandel bis hin zur Öffnung der Diskotheken mit 2G plus, sollen bis zum 20.03.2022 tiefgreifende Schutzmaßnahmen entfallen. Das ist richtig und angemessen, und wir unterstützen das. Dass es jetzt geschieht mit Vorlauf, ist genau der richtige Weg. Spätestens die Erfah-

rungen aus Ihren Öffnungsplänen aus dem vergangenen Frühjahr haben doch gezeigt, dass Corona eine saisonale Pandemie ist und dass wir im Sommer oder im Frühjahr leichter lockern können und da nicht zu lange warten sollen. Aber es heißt auch, und das ist für uns GRÜNE ganz klar: Nicht zu lange warten gilt erst recht fürs Impfen. Das muss man ganz deutlich sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe wenig Verständnis dafür, und es macht mir Sorgen, dass wir noch viele, auch ältere Menschen haben, die bis heute nicht geboostert sind. Der Minister hat die Zahl angesprochen. Ich brauche sie nicht zu wiederholen. Das heißt aber auch: Ein großer Anteil ist noch nicht geboostert. Das muss vorangehen. Da hat wirklich jeder Einzelne eine Verantwortung für sich und für andere, sich impfen zu lassen und damit andere und sich selbst zu schützen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mir bereitet die hohe Zahl der Erwachsenen und vor allem der älteren Menschen, die noch nicht geboostert sind, Sorgen. Das bereitet mir Sorgen um die Gesundheit dieser Menschen, aber auch Sorgen um unser Gesundheitssystem und darüber, dass dieses Verhalten unser Gesundheitssystem im Herbst wieder an die Leistungsgrenze bringen kann – Herr Minister, Sie haben es angesprochen. Ich habe Sorge, dass die Ärzt*innen und Pflegekräfte in den Kliniken keine Verschnaufpause bekommen und geplante und notwendige Behandlungen wieder verschoben werden müssen. Diese Sorgen wären ganz unnötig, wenn wir das Impfen endlich voranbrächten, weil Impfen vor schweren Verläufen schützt, und darauf kommt es an. Das haben Millionen Menschen bewiesen, die sich haben impfen lassen; Kinder, Senioren, Kranke, Gesunde und Schwangere haben das gezeigt.

Dank der Impfstoffe, dank der erfolgreichen Forschung und Entwicklung in unserem Land können wir diese schweren Verläufe verhindern, vorausgesetzt, Erwachsene und vor allem Risikogruppen lassen sich impfen – nicht wegen der aktuellen Corona-Welle, sondern um einen kleinen Beitrag dafür zu leisten, dass wir nach zwei Corona-Wintern 2020 und 2021 keinen dritten mehr erleben müssen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Impfen bedeutet Freiheit. Impfverweigerung schränkt unsere Freiheit ein. Impfen verhindert schwere Verläufe, und darauf kommt es an.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, keiner von Ihnen und keiner von uns will doch einen weiteren Corona-Herbst erleben. Darüber sind wir uns einig. Aber dann brauchen wir doch endlich einmal eine vorausschauende Politik, die vor die nächste Welle kommt, um die Menschen zu schützen. Das ist unsere Verantwortung. Dafür braucht es ein verantwortungsvolles, vorausschauendes Handeln. Das betrifft zum Beispiel im ersten Schritt die Umsetzung der bereits beschlossenen einrichtungsbezogenen Impfpflicht zum 15.03.2022.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so können wir alte Menschen, kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen als die am stärksten gefährdete Gruppe in ihren Heimen schützen. – Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade angekündigt, oft auf das iPhone zu verzichten, wenn Ihnen etwas wichtig ist; das zeigt, dass Ihnen die Debatte gerade nicht so wichtig ist, wie sie es sein sollte.

(Zuruf)

Herr Ministerpräsident, Sie haben als einer der Ersten die Impfpflicht für Erbringer körpernaher Dienstleistungen eingefordert. Sie haben immer Tempo eingefordert. Im November hat der Bundestag das entsprechende Gesetz beschlossen. Im Dezember hat der Bundesrat mit den Stimmen aus Bayern zugestimmt. Das Gesetz ist also auf dem ganz normalen Weg entstanden. Zugegeben, es war etwas schneller verabschiedet als viele andere Gesetze, aber genau das wollten wir doch. Der Ministerpräsident wollte doch, dass es dort zügig vorangeht. Jetzt ging es Ihnen wahrscheinlich zu schnell, wie man feststellen muss. Sie haben es in den letzten Wochen in Bayern nicht vorbe-

reitet, dieses Gesetz richtig umsetzen zu können. Das ist das Versagen hier in Bayern, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ist nicht leicht. Es ist sicher nicht alles perfekt vorbereitet, es gibt Widerstände, und der Zeitplan ist echt sportlich. Aber so ist es doch! Sie wissen doch: Fordern ist immer einfacher als Umsetzen. Es ist entscheidend, das jetzt umzusetzen. Das ist Ihre Aufgabe. – Herr Holetschek, Sie sprechen davon, den Finger in die Wunde gelegt zu haben. Ich habe Krisenmanagement so verstanden, dass alle mit anpacken, um Lösungen zu suchen. Da gilt es, anzupacken und Lösungen mit den Trägern der Einrichtungen, mit dem Bund und den anderen Bundesländern für die Umsetzung zu erarbeiten und gemeinsam Wege zu suchen. Es ist doch Ihre Aufgabe, dies zu einem gemeinsamen Erfolg zu führen. Sie müssen Teil der Lösung sein und nicht das Problem. Das kann man von jeder Landesregierung erwarten.

Ich muss ganz offen sagen: Sie haben davon gesprochen, man müsse Orientierung geben. – Das ist richtig, aber hat der Ministerpräsident mit seinem Verhalten in der letzten Woche Orientierung gegeben? – Ich glaube nicht, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, haben Sie sich eigentlich einmal gefragt, was Sie damit anrichten, wenn Sie aus gutem Grund eine Impfpflicht fordern und sich dann weigern, sie fristgerecht umzusetzen? Sie haben doch den Kanister mit Brandbeschleuniger für die sogenannte Querdenkerszene bereitgestellt und Wasser auf die Mühlen derjenigen gegossen, die nicht nur die Notwendigkeit der Corona-Maßnahmen, sondern auch die Impfung und unseren gesamten Rechtsstaat in Frage stellen.

(Zuruf)

Ich hätte erwartet, dass Sie das möglich machen, auch wenn die Umsetzung durchaus nicht ganz einfach ist. Wir alle wissen doch, dass das Verhalten der letzten Woche und die Ankündigung der Aussetzung der Impfpflicht in Pflegeeinrichtungen der ganzen Impfstrategie in diesem Land geschadet hat. Genau das Gegenteil brauchen wir doch, um die Impflücke in Bayern endlich zu schließen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal einen Punkt ansprechen, der uns GRÜNEN seit zwei Jahren in dieser Pandemie ganz wichtig ist: Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder wieder auf so vieles verzichten müssen, nur weil sich ältere Menschen trotz Impfangebot weigern, dieses anzunehmen. Es ist nicht Aufgabe der Kinder, die Ungeimpften zu schützen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht weiter darunter leiden, dass viele Erwachsene das Impfangebot nicht annehmen. Unsere Kinder haben sich so oft und so lange zurückgenommen, um Ältere und Risikogruppen vor dem Virus zu schützen. Sie haben ein Recht darauf, dass der Staat und diese Landesregierung alles dafür tun, dass sie keinen dritten langen Corona-Winter mehr erleben müssen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss und möchte einen Punkt aufgreifen, der uns auch zwei Jahre lang hier im Hohen Haus begleitet hat: Wie oft habe ich in dieser Pandemie gehört, in Krisenzeiten müsse die Parteipolitik hintanstehen; alle politischen Akteure sollten gemeinsam an gemeinsamen Lösungen arbeiten. – Das haben wir GRÜNE immer als selbstverständlich angesehen. Das muss aber auch für Sie eine Selbstverständlichkeit sein, wenn es uns darum geht, die Pandemie erfolgreich gemeinsam niederzuringen. Aber Ihre Frontalopposition in Berlin, die auf Bundesebene das gesamte Pandemiemanagement torpediert, hilft uns bei diesem gemeinsamen Ziel nicht. Das haben Sie doch gerade bei Ihrer Regierungser-

klärung bewiesen. Sie war doch eine Erwiderung auf die Politik in Berlin. Das löst doch keine Probleme! Bayern muss mit anpacken, um die Maßnahmen umzusetzen.

Unser Ziel ist, dass wir keinen weiteren langen Corona-Winter erleben müssen. Dafür muss auch hier in Bayern gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern gehandelt werden. Es geht nicht darum, wer der Erste ist; es geht darum, dass wir alle gemeinsam endlich aus dieser Krise herauskommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Tanja Schorer-Dremel für die CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werter Herr Gesundheitsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Hartmann, wenn es Berlin nicht kann, dann muss es wenigsten einer sagen. Da sind wir froh, dass wir unseren Ministerpräsidenten haben.

(Beifall bei der CSU)

Die Corona-Pandemie ist noch nicht zu Ende. Die wissenschaftlichen Prognosen zeigen uns aber, dass der Höhepunkt der aktuellen Welle in Sicht ist bzw. bereits überschritten wurde. Die bayernweite 7-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen ist weiterhin gesunken; wir sind heute bei 1.783 Neuinfektionen. Auch bundesweit sinkt die Inzidenz, wie das RKI berichtet. Es ist sicherlich schwer zu beurteilen, ob das wirklich eine Wende im Infektionsgeschehen bedeutet. Es könnte aber auch sein, dass es noch mit Nachmeldungen zu tun hat. Aber Folgendes ist wichtig: In diesen Zeiten erwarten und verdienen die Menschen einen klaren Kurs, um unser Land weiterhin gut durch die Pandemie zu bringen. Es ist schon bedauerlich, dass in einer der größten Krisen ausgerechnet der Hashtag "#WolstOlaf" zu einem Schlager in den sozialen Medien wurde.

"Freiheit und Verantwortung" – so hat unser Gesundheitsminister seine Rede überschrieben. Freiheit und Verantwortung und nicht Chaos, Wirrwarr oder Uneinigkeit sind Schlagworte dieser Tage. Genau Letzteres symbolisiert in diesen Tagen die Ampel. Die FDP stilisiert sich auch hier im Bayerischen Landtag als Kämpfer für Öffnungen, eine Freiheit ohne Verantwortung. Letzte Woche hat sie sogar RKI-Chef Wieler das Vertrauen entzogen. Dass die FDP diese Vertrauensfrage gestellt hat, hat aus meiner Sicht zwei Gründe: Zum einen sind die Liberalen entschlossen, sich in der Ampelkoalition gerade bei Corona als Freiheitspartei gegen Rot-Grün zu positionieren, wie manche FDP-Politiker die Koalitionspartner SPD und GRÜNE jetzt wieder häufiger bezeichnen.

Die SPD fordert den Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die der Bundesgesetzgeber in § 20a IfSG verankert hat. – Vollziehen würden wir gerne, und das werden wir auch tun, aber derzeit sind noch zu viele Fragen offen. Wer fällt unter diese Impfpflicht? Wie kann die pflegerische, medizinische und hauswirtschaftliche Versorgung im Einzelfall aufrechterhalten werden? Was geht vor: Impfpflicht oder Versorgung? – Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass der SPD ohne CDU/CSU in der Regierung in Berlin der rote Faden fehlt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Der Bund muss jetzt nachbessern und nachlegen, damit die Impfpflicht für die Länder und Einrichtungen auch umsetzbar ist. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Freitag bestätigt die bayerische Linie. Zu viel ist noch offen und ungeklärt. Der Bund ist aufgefordert, die offenen Fragen schnell zu klären, und so steht auch Bayern zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Nebenbei gesagt, Herr Hartmann: Es sind die Landkreise, es ist der Landesverband der Lebenshilfe, es waren Vertreter des DGB, es ist das Bayerische Rote Kreuz, die Vereinigung der Pflegenden und, und, und – sie alle sehen Probleme bei der derzeiti-

gen Regelung; denn sie alle wollen verantwortungsvoll und im Sinne ihrer Einrichtung handeln.

(Zuruf)

Ja, Herr Hartmann, es kann schwer sein; aber wir machen nicht Ihre Aufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Zur Vollziehbarkeit des Gesetzes gehört auch ein rechtssicherer digitaler Meldeweg, den Bayern aufgrund der Untätigkeit des Bundes trotz einstimmiger Aufforderung durch die GMK vom 22. Januar – auch SPD-regierter Länder – nun im Eiltempo parallel entwickeln muss. Gleichzeitig schürt Karl Lauterbach mehr Unsicherheit und Angst als Zuversicht. Das Ethikrat-Mitglied Stephan Rixen sagte dem ZDF – ich zitiere –, dass Bedrohungsszenarien ins Blaue hinein Grundrechtsbeschränkungen nicht rechtfertigen können. Vom Hin und Her beim Genesenenstatus sei jetzt mal gar nicht gesprochen. Für mich klingt das weniger wie Freiheit und Verantwortung, eher wie ein Durcheinander von Freiheit und Verantwortung.

Und die GRÜNEN? – Die GRÜNEN stehen irgendwie zwischen dem mahnenden Gesundheitsminister und eineröffnungswütenden FDP. Falls Sie es nicht gehört haben, Herr Hartmann, Herr Hagen hat gerade gesagt, "Was ist denn mit dem los?", und hat sich über Ihre Aussagen gewundert. Auch hier: anscheinend kein roter Faden oder eine rote Linie. Verantwortung, aber ohne oder nur mit halber Freiheit?

Der Mantel des Schweigens wird auch über die Unfähigkeit gelegt, sich innerhalb der Ampel-Regierung für oder gegen eine Impfpflicht auszusprechen. Der Pflegebranche wurde erklärt, die einrichtungsbezogene Impfpflicht sei nur der erste Schritt zur allgemeinen Impfpflicht. Aber so, wie die Ampel sich derzeit verhält, glaubt doch niemand mehr daran, dass der Bund die im Dezember noch versprochene allgemeine Impfpflicht tatsächlich umsetzen will. Da muss mehr sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer hat nun die Richtlinienkompetenz? – Kanzler Olaf Scholz hatte sich jedenfalls klar für eine allgemeine Impfpflicht bereits im Februar ausgesprochen. Wir haben Mitte Februar, nichts ist in Sicht.

Ist es ein Zeichen von Verantwortung, wenn eine Partei beschließt, am 20. März haben wir Freedom Day? Oder ist das schlicht und ergreifend "Wishful Thinking"? – Dieser Wunsch hat schon einmal nicht funktioniert. Das sollten wir in den vergangenen Monaten gelernt haben. Ein Virus, und besonders dieses Virus mit seinen Varianten, lebt nach seinen eigenen Gesetzen und kennt das Enddatum, das irgendjemand in Berlin festsetzt, nicht.

Daher setzen wir auf Freiheit und Verantwortung – Verantwortung für Menschen, die geschützt werden müssen, allen voran Risikopatientinnen und -patienten sowie vulnerable Gruppen. Deshalb brauchen wir nicht nur die einrichtungsbezogene Impfpflicht, wir brauchen gerade mit Blick auf den Herbst und mögliche Veränderungen eine allgemeine Impfpflicht.

Die Omikron-Welle scheint nun ihren Scheitelpunkt bald zu erreichen oder zu überschreiten; die Belastung der Krankenhäuser ist mit der durch Delta nicht zu vergleichen. Gleichwohl leben wir in einer Zeit der großen Unsicherheit, und ein jeder kann auf der RKI-Seite nachsehen, wie gerade die Belegung in seinem nächstgelegenen Krankenhaus ist. Bei mir sind derzeit immer noch acht Patienten auf der Intensivstation, davon wird einer beatmet – ich habe extra heute Morgen nachgeschaut.

Wir wissen auch nicht, wie sich Omikron im Bereich Long oder Post-COVID auswirken wird. Wir wissen auch nicht, welche Folgen die jetzige Omikron-Welle auch und besonders auf unsere Kinder haben wird. Ja, ich kenne Familien mit Post- und Long COVID; ich kenne Familien, die in ihrem Umfeld Erkrankungen mit PIMS haben; und ja, ich kenne auch Familien, die Angst davor haben, dass ein Kind oder ein Mitglied der Familie mit einem höheren Risiko angesteckt wird und Probleme hat.

Ich möchte hier einmal festhalten: Unsere Kinder haben sich großartig verhalten, haben mit Einschränkungen gelebt und haben das auch getragen und ertragen. Sie haben sich an Kontaktbeschränkungen gehalten und beim Distanzlernen durchgehalten. Deswegen dürfen wir in dieser Zeit zu Recht, wie es das Kabinett heute getan hat, wieder Freiräume schaffen. Minderjährige, die in der Schule getestet werden, werden mit Geimpften und Genesenen gleichgestellt und haben wieder freie Teilhabe in allen Bereichen.

Wichtig ist mir an dieser Stelle auch als Vorsitzende der Kinderkommission: Wir haben zwei Jahre so viel geleistet, wir haben so gut durchgehalten, das dürfen wir jetzt nicht durch irgendwelche Wünsche aufs Spiel setzen. Gerade für unsere Kinder müssen wir verantwortungsvoll agieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Werden wir in diesen Tagen leichtsinnig, müssen wir unseren Kurs unter Umständen wieder verschärfen und neue Härten abverlangen. Das wollen wir alle nicht.

Wir in Bayern nehmen unsere Verantwortung sehr ernst. Sehr geehrter Herr Hartmann, ich würde mal sagen, die Ampel hat bei uns abgeschrieben; solche Öffnungsschritte wurden schon in den letzten Wochen hier im Hause wiederholt diskutiert.

(Unruhe)

Bayern hat bereits beschlossen – ja, es ist oft unangenehm, wenn man die Wahrheit hört –, die staatlichen Impfzentren mindestens bis zum 31. Dezember 2022 fortzuführen, und hat auch die Finanzierung dazu verlängert. Ein Dankeschön hierfür auch an unseren Finanzminister!

Wir haben hier weiterhin die Möglichkeit, die Schwerpunkte der bayerischen Impfstrategie zu setzen und auf mobile Impfteams sowie niedrigschwellige Impfangebote zu setzen. Wenn jeder, der hier steht – Herr Hartmann, das nehme ich sehr ernst –, um

die Krise zu bewältigen, es schafft, zehn noch Ungeimpfte mitzunehmen und diese jeweils weitere zehn, dann haben wir, glaube ich, ein wunderbares Jahr vor uns.

(Unruhe)

Bayern bereitet sich frühzeitig unter anderem auf Impfungen mit weiteren Impfstoffen vor. Dazu wird meine Kollegin Beate Merk noch etwas sagen. Aber – und das gilt wieder für den Bund –: Die für den 21.02. zugesagten Lieferungen von Novavax sollen jetzt eine Woche später kommen. Ich mahne hier schon Verbindlichkeit bei den Lieferzusagen an.

Klar ist: Wir müssen vorsichtig bleiben. Der Münchner Corona-Experte Prof. Wendtner warnt mit klaren Worten: Es bringt jetzt nichts, eine massive Öffnungsdebatte vom Zaun zu brechen;

(Zuruf)

das führt in den Kliniken nicht zu Begeisterung, weil wir diejenigen sind, die das zum Schluss auffangen müssen.

Damit die weiterhin notwendigen Schutzmaßnahmen umgesetzt werden können, stellt der Landtag fest, für das Gebiet des Freistaates Bayern die konkrete Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit weiterhin bestehen zu lassen und die pandemische Leiter praktisch weiterhin hier anzuwenden. Ich denke, unser Gesundheitsminister hat das gerade sehr vorausschauend und sehr verantwortungsbewusst erklärt.

Das ist jetzt genau richtig; denn das zeugt von Verantwortung und Freiheit. Wenn diese Maßnahmen nicht mehr notwendig sind – und darauf legt unsere Präsidentin Ilse Aigner großen Wert –, können wir diese als Landtag wieder beenden. Wenn nicht, dann heißt das: keinen Schutz, keine Tests in Schulen, keine Masken mehr. Ob wir das wollen, bleibt in Frage zu stellen.

Die sanften bayerischen Öffnungsschritte aus den vergangenen Tagen waren und sind richtig. Klar ist: Alle Corona-Beschränkungen müssen stetig überprüft und stets an die Situation angepasst werden. Wir fahren die getroffenen Maßnahmen verantwortungsvoll so schnell wie möglich wieder zurück, sobald es das Infektionsgeschehen zulässt. Wir wollen sie keinesfalls länger aufrechterhalten, als sie nach sorgfältiger Abwägung aus Gründen des Infektionsschutzes unbedingt nötig sind.

Die Staatsregierung – so hat es unser Gesundheitsminister gesagt – hat den Fokus auf Lockerungen bei den Kindern und Jugendlichen gelegt. Wir haben frühzeitig ein umfassendes Testregime mit Testpflicht mindestens dreimal wöchentlich an Schulen angeregt. Mit Blick auf diese engen Kontrollen und deren Bedeutung für die soziale Teilhabe können wir heute lockern. Aber uns muss auch bewusst sein, dass trotz geöffneter Schulen und Zugang zu Freizeitangeboten die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich durch die Corona-Pandemie psychisch belastet fühlen, weiterhin hoch ist. Zwar haben sich ihr psychisches Wohlbefinden und die Lebensqualität leicht verbessert, jedoch leiden noch immer mehr Kinder und Jugendliche unter psychischen Auffälligkeiten als vor der Pandemie – ein Thema, dem wir uns in der Kinderkommission überparteilich immer wieder gewidmet haben. Auch am kommenden Donnerstag werden wir diese Thematik gemeinsam mit unserem Gesundheitsminister behandeln.

Die vergangenen Monate haben Corona als unfairen Gegenspieler gezeigt. Wir müssen deshalb gewappnet bleiben – daher Verantwortung und Freiheit als wichtigste Schlagworte.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen drei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrte Frau Schorer-Dremel, Sie und Herr Holetschek haben eine Sache, die Aufmerksamkeit braucht, unzureichend angesprochen. Seit die Corona-Maßnahmen beschlossen wurden, haben sich in Bayern zwölf Kinder unter

14 Jahren das Leben genommen. In den drei Jahren vor den Corona-Maßnahmen gab es bei dieser Altersklasse keine vollendeten Suizide. Das ist übrigens keine Verschwörungstheorie, sondern die Antwort des Innenministers auf meine parlamentarische Anfrage. Im Freistaat Bayern haben sich während der Corona-Krise also mehr Kinder umgebracht, als laut RKI an Corona verstorben sind.

Sie haben es angesprochen: Chefärzte von Kinderpsychiatrien warnen seit Langem, dass in der Corona-Krise psychische Erkrankungen von Kindern massiv zugenommen haben.

Frau Schorer-Dremel, jetzt meine Frage: Was muss denn noch geschehen, damit Sie als Staatsregierung endlich die Kollateralschäden der unverhältnismäßigen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche ernst nehmen? – Sie haben es jetzt zwar angedeutet, aber nicht ausgeführt. Wenn Sie das noch einmal schnell machen würden.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da kann Ihnen bestimmt Ihre Kollegin Frau Katrin Ebner-Steiner aus der Kiko einiges berichten. Ich verweise auf das Protokoll. Punkt eins.

(Zurufe: Oje!)

Punkt zwei. Kinder sind die Gesamtverantwortung eines ganzen Staates. Jedes einzelne Kind, das einen solchen Schritt tut, ist eines zu viel. Wenn wir alle hier aber eng zusammenhalten, wenn wir alle versuchen, gerade dort hinzuschauen und mitzuhelfen, wo Kinder in Not sind, dann können wir alle einen Unterschied machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Toni Schuberl für die GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Schorer-Dremel, der Ministerpräsident springt doch hin und her. Nach dem Motto "hü und hott" fordert er etwas, dann beschließt er etwas, dann nimmt er es zurück; erst fordert er es, dann kritisiert er es. Wir führen eine Krankenhausampel ein, dann wird das nicht durchgeführt, sondern wieder abgeschafft. Dann gibt es eine Hotspot-Regelung, dann wird sie wieder abgeschafft. Sie haben die Impfdurchbrüche erst nicht als Booster angesehen. Ich habe eine Anfrage dazu gestellt, warum nicht. Dann ist mir das erklärt worden. Dann wurden Impfdurchbrüche doch als Booster angesehen. Sie haben in den Hochschulen 2G eingeführt, dann ging es nach dem Urteil in Baden-Württemberg wieder zurück zu 3G.

Wir fordern seit Beginn der Pandemie, dass Kinder und Jugendliche an erster Stelle stehen sollen. – Es hat lange gedauert, bis die Staatsregierung da nachgebessert hat. Wir fordern seit Langem die Unterstützung der Kultur. – Sie haben die Kultur meistens zuerst geschlossen und zuletzt geöffnet. Wir fordern und fordern; jetzt bessern Sie da etwas nach.

Söder ist immer zu spät, es sei denn: Es ist MPK. Dann ist er einen Tag zu früh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich habe das jetzt mehr als ein Statement aufgenommen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zwischenbemerkung, ja!)

Ich stelle aber fest, dass Sie immer alles besser wissen und wussten und dass Sie anscheinend über eine Glaskugel verfügen. Der Ministerpräsident hat in diesem Haus wiederholt – Sie waren meines Wissens fast immer anwesend – und immer gesagt: Es ist eine Lage, die man immer aus der Situation heraus betrachten muss.

Mit dem Wissen von heute Entscheidungen oder auch Maßnahmen von damals zu bewerten – das kann jeder. Aber verantwortungsvoll zu handeln, auch dann, wenn es einmal schwierig ist, wenn es auch einmal gegen den Strom ist – das hat unser Ministerpräsident sehr gut gemacht.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Frage kommt vom Kollegen Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Kollegin Schorer-Dremel, Sie haben gerade die Verlängerung der epidemischen Lage in Bayern damit begründet, dass nur dadurch sowohl Tests in Schulen wie auch die Maskenpflicht möglich seien. – Nach meinem Verständnis des Infektionsschutzgesetzes des Bundes – § 28a Absatz 7; das ist der bekannte Ampelkatalog, der mit Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite eingeführt worden ist – ist es aber durchaus möglich, Maskenpflichten – Nummer 3 – einzuführen und auch Testnachweise – Nummer 4 – zu fordern. Wozu braucht es also die epidemische Lage noch? Oder gibt es da wieder Unklarheiten im Vollzug der Bundesgesetze?

(Beifall bei der FDP)

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weniger im Vollzug der Bundesgesetze als im Vollzug dessen, was Sie sich in Berlin gerade ausdenken. Wir wollen gewappnet sein. Wir in Bayern versuchen hier, für unsere Bürger eine gute, solide Voraussetzung zu schaffen. Deswegen haben wir dieses Gesetz zur Weiterführung vorgeschrieben. Was Sie am 19. März dann machen, um es abzuhaken, wissen wir ja noch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen dabei zuschauen, wie die Staatsregierung ihre Maßnahmen seit fast zwei Jahren willkürlich und ständig ändert.

Schauen wir mal zurück: Erst ging es allein um die bloße Anzahl der positiv Getesteten. Damals war völlig egal, ob dieser Mensch wirklich krank, ob er schwer erkrankt oder nicht erkrankt war. Weil diese Zahlen der Inzidenz Ihnen jetzt viel zu hoch geworden sind und ein Scheitern der staatlichen Maßnahmen offenbaren würden, haben Sie auf die Hospitalisierungsrate umgestellt.

Herr Minister Holetschek, angesichts dieser aktuellen Inzidenzzahlen müssen Sie doch eingestehen, dass Sie längst die Kontrolle über das Geschehen verloren haben, dass Ihre Maßnahmen und auch Ihre Impfungen vollständig versagt haben.

(Beifall bei der AfD)

Herr Minister Holetschek, Sie sind beim Verbreiten von Angst und Schrecken aber weiterhin ganz vorn; da spielen Sie in der Champions League.

Gleichzeitig stehen wir vor dem Scherbenhaufen unserer Demokratie. Herr Söder und dessen Staatsregierung haben diese Gesellschaft gespalten wie niemand zuvor. Seit fast zwei Jahren herrscht die Staatsregierung aufgrund von Maßnahmenverordnungen am Parlament von oben herab vorbei und führt gleichzeitig die schwerwiegendsten Eingriffe in unsere Grund- und Freiheitsrechte durch, die wir je erlebt haben. Söders Kabinett führt faktenresistent und die Wahrheit negierend den restriktiven Kurs weiter fort – völlig ohne Rücksicht auf die sozialen und ökonomischen Verluste, die die bayerische Wirtschaft seit März 2020 davongetragen hat. Wir reden hier für die bayerische Wirtschaft inzwischen von Kosten von über 60 Milliarden Euro.

Schenken Sie den bayerischen Bürgern doch endlich reinen Wein ein: Die verprassten Gelder von heute sind die Steuern von morgen!

Diese Staatsregierung hat offensichtlich nur vor einem Angst: das Gesicht zu verlieren und für die massiven Fehleinschätzungen der letzten Jahre auch die Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der AfD)

Sie hat davor Angst, zugeben zu müssen, dass man sich geirrt hat; zugeben zu müssen, dass man Milliarden an Steuergeldern für Tests, erfolglose Apps und Masken verschleudert hat; zugeben zu müssen, dass daran einige Parteiameigos auch noch gut verdient haben.

Herr Söder muss endlich eingestehen, dass Millionen von bayerischen Bürgern über Monate hinweg zu Unrecht eingesperrt wurden. Das hat der Verwaltungsgerichtshof schon bestätigt. Auch die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat mehrere Klagen – natürlich im Interesse unserer Fraktion und unserer Mitglieder, aber auch unserer bayerischen Bürger – am Laufen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident Söder muss endlich zugeben, dass in Bayern mehr als zwei Millionen Kinder bewusst oder unbewusst geschädigt wurden und durch die Maßnahmenpolitik weiterhin geschädigt werden.

Es werden vermeintliche Lockerungen versprochen. Doch diese gibt es nur für gehorsame Bürger, die sich diesem Maßnahmenregime auch unterordnen. Sie haben es bei all Ihrem Übermut nicht geschafft, noch immer nicht geschafft – das ist unerhört –, die vulnerablen Gruppen wirklich zu schützen.

Das Einzige, was Ihnen als Antwort einfällt, ist eine Impfpflicht, sei sie nun einrichtungsbezogen oder – was die Staatsregierung am liebsten hätte – allgemein. Geschätzte Kollegen, eine allgemeine Impfpflicht ist beim Omikron-Virus, das regelmäßig nur einen leichten, einen milden, grippeähnlichen Verlauf hat, so unsinnig wie eine Maskenpflicht oder ein Mindestabstand im Freien.

(Beifall bei der AfD)

Aber nicht nur die CSU, sondern auch Herr Kollege Hartmann von den GRÜNEN versucht, das Problem wegzupfen. Was hat Herr Söder einmal gesagt? – Ein Piks, dann wäre es vorbei. Dann waren es plötzlich zwei. Jetzt sind wir schon beim dritten. Irgendwann kommen dann die vierte und die fünfte Impfung. Sie agieren frei nach dem Motto: Wenn es einmal nicht geholfen hat, dann machen wir einfach mehr davon. Liebe Kollegen, die bayerische Bevölkerung sagt ganz klar Nein zu einem lebenslangen Impfabo.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Missmanagement und dieser grottenschlechten Kommunikation unter faktischer Umgehung des Parlaments und der Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Fakten haben Sie der Demokratie in diesem Land einen Bärendienst erwiesen. Nicht umsonst hat eine repräsentative INSA-Umfrage ergeben, dass inzwischen 23 % der Deutschen der Meinung sind, dass sich die Bundesrepublik auf dem Weg in eine Diktatur befinde. Geschätzte Kollegen, das sollte Ihnen zu denken geben. Öffnen Sie die Augen! Rund um Deutschland werden die Maßnahmen umfassend aufgehoben. Doch hier in diesem Hause sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, die GRÜNEN und die FDP Teil des "Teams Panik" und machen sich mitschuldig. Nur wir von der AfD stellen uns ganz klar gegen diese gesundheitspolitische sozialistische Einheitsfront.

(Beifall bei der AfD)

Seit der Einführung dieser völlig überzogenen Maßnahmen warnen wir vor den enormen Kollateralschäden, die den Nutzen dieser Maßnahmen deutlich übersteigen. Frau Kollegin Schorer-Dremel, Herr Kollege Gerd Mannes hat gerade angesprochen, womit wir es hier zu tun haben. Sie schauen aber trotzdem bewusst weg. Was passiert denn gerade? – Krebsbehandlungen und Vorsorgeuntersuchungen werden unterlassen. Ältere Menschen vereinsamen. Und am schlimmsten: Wir haben massive Schädigungen unserer Kinder und Jugendlichen. Friedliche Spaziergänger werden beschimpft. Sie

wollen es nicht sehen, wie sehr Sie die Menschen und vor allem die Kinder in diesem Land geschädigt haben. Kinder werden in den Suizid getrieben. Erwachsene werden in den Suizid getrieben. Zahlreiche Existenzen werden zerstört.

Daher fordern wir immer und immer wieder eine Aufhebung der unsäglichen und überzogenen Maßnahmen. Erteilen Sie bitte auch einer Impfpflicht eine klare Absage! Setzen Sie auf Freiheit und Eigenverantwortung!

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, zum Schluss sage ich es noch einmal zum Mitschreiben: Der Weg in die Normalität heißt nicht 2G oder 3G, sondern 0G und ein Ende aller überzogenen Maßnahmen, und das sofort!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster Herr Kollege Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Singer, Sie haben mich in der letzten Kalenderwoche für den Vergleich mit einem Blinddarm scharf kritisiert. Ich bin geneigt, Ihnen zu testieren: Heute war es ein Blindflug, mit dem Sie das Hohe Haus beglückt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zurück in die Realität. – Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Omikron ist nicht Delta", so könnte die Überschrift des Pandemie-Managements in Deutschland in diesen Tagen lauten. Ich sage bewusst "könnte", weil eine notwendige Bedingung dafür wäre, dass die Ampelkoalition in Berlin bereit wäre, zu erkennen, was wir in Bayern bereits erkannt haben, nämlich dass wir mit der Dominanz dieser neuen Mutation in einer gänzlich neuen Phase der Pandemie angekommen sind. Meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, diese gänzlich neue Phase macht es erforderlich, alle bisherigen Maßnahmen einem Omikron-Check zu unterziehen und unsere Instrumente zur Bewältigung der Pandemie entsprechend anzupassen.

Meine Damen und Herren, das ist notwendig, weil wir Freiheit nehmen mussten und im Sinne der Verhältnismäßigkeit Freiheit zurückgeben müssen, wann immer das möglich ist. Wir müssen jetzt ein neues Verhältnis, eine neue Balance zwischen dem Anspruch auf Freiheit auf der einen Seite und dem Anspruch auf Sicherheit auf der anderen Seite finden. Wir in Bayern wissen: Wir müssen jetzt Freiheit und Sicherheit neu ausbalancieren. Im Gegensatz zu Berlin wissen wir das nicht nur, wir handeln auch danach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Handeln im Sinne dessen, was Herr Staatsminister Klaus Holetschek gerade ausgeführt hat, stellen sich nach fester Überzeugung der FREIEN WÄHLER mindestens zwei Aufgaben: Die erste Aufgabe ist mittelfristiger Natur. Sie betrifft insbesondere die Phase des Frühjahrs und des Sommers, also den Zeitraum, in dem angesichts der saisonalen Dynamik von Corona wieder eine etwas komfortablere Lage zu erwarten ist. In dieser Phase ist einschlägig, was ich soeben angedeutet habe: Da ist es nicht länger hinnehmbar, dass die Berliner Ampel noch immer in einer Art Betriebsstörung verharrt. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Krankenhäuser zum Glück entlastet werden und wir sehen, dass wieder mehr Freiheit und Normalität möglich sind, ist es unsere Aufgabe, den Menschen in unserer Heimat diese Freiheit und ihr altes Leben wieder zurückzugeben. Wir müssen endlich wieder mehr Normalität ermöglichen. Deshalb handelt die Bayernkoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN entsprechend.

Wir verlängern einerseits die epidemische Lage, wir schaffen andererseits aber auch Entlastung und zeigen für Kunst, Kultur und Sport Perspektiven auf, die so wichtig sind. Wir fahren Kontaktbeschränkungen zurück und haben die Sperrstunde abge-

schaft. Wir haben den Menschen mit verantwortungsbewussten und sanften Lockerungsschritten durch einen konkreten Öffnungsplan sukzessive ihr altes Leben wieder zurückgegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Ausführungen von Klaus Holetschek sage ich: Bayern ist beim Weg in den Lockdown und dem so notwendigen Schutz der Menschen vorangegangen. Wir gehen auch jetzt, wo der Rückweg ansteht, bundesweit voran. Jetzt geht es um den Weg zurück zu Normalität und Freiheit. Diese Bayernkoalition bleibt der Goldstandard für das Krisenmanagement in Deutschland. In Bayern kann man Führung nicht nur bestellen, wie das im Wahlkampf in Berlin angeboten worden ist, in Bayern wird Führung auch geliefert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die zweite Aufgabe neben dem Wieder-verfügbar-Machen von Freiheit im Hinblick auf das Frühjahr und den Sommer besteht – darauf hat der Staatsminister sehr zu Recht hingewiesen – darin, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass wir aus Corona Lehren ziehen müssen. Diese Aufgabe bezieht sich vor allem auf den Herbst und den Winter dieses Jahres. Wir müssen aus den beiden Corona-Wintern, die wir gemeinsam mit den Menschen in Bayern durchleben mussten, Lehren ziehen. Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, solange die Impfquote in vielen Ländern der Erde noch so gering ist, wie sie ist, sind wir nicht gefeit gegen neue Mutationen. Kein Mensch auf diesem Erdball kann uns garantieren, dass es im nächsten Herbst keine Mutation geben wird, die so ansteckend wie Omikron, aber so gefährlich wie Delta ist.

Meine Damen und Herren, sollten wir im Frühjahr und im Sommer nicht vorsorgen, wird im Herbst der ganze Wahnsinn wieder von vorne losgehen. Dann geht es wieder in den Lockdown. Wir müssen dann den Menschen wieder ihre Freiheit klauen. Wir müssen dann all das wieder zurücknehmen, was wir heute zurückgeben können. Deswegen ist es jetzt wichtig, dass wir nicht nachlassen und an die Seite der Freiheit auch das Momentum der Vorsorge stellen. Wir dürfen beim Impfen nicht müde werden.

Meine Damen und Herren, das bringt mich zu der unseligen Debatte, die schon letzte Woche auf unsägliche Weise, wie ich finde, geführt worden ist und heute mit viel Gelächter auf den Oppositionsbänken ihre Fortsetzung fand, nämlich die Debatte um die einrichtungsbezogene oder die allgemeine Impfpflicht. Meine Damen und Herren des neuen Ampel-Bündnisses in Berlin, ganz ehrlich: Wer A sagt, muss am Ende des Tages auch B sagen. Wer glaubt, wir könnten Corona mit einer Impfpflicht, die einzig und allein für Menschen in den Pflegeberufen gilt, besiegen, glaubt wohl auch, wir könnten die Unfallzahlen auf den bayerischen Autobahnen senken, indem wir ein Tempolimit einführen, das nur für Krankenwagen und für Feuerwehrautos gilt. Das wird nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren, führen Sie daher bitte keine Scheindebatte um eine Kompetenz-Kompetenz-Verteilung zwischen Bund und Land. Das Problem besteht doch nicht darin, was wir in Bayern tun. Das Problem ist, was Sie in Berlin nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot, Grün und von der FDP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie deshalb aus dem Bayerischen Landtag heraus auf: Übernehmen Sie die Verantwortung, die Ihnen die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl übertragen haben. Ihre Führung ist bestellt worden. Offensichtlich gibt es Lieferengpässe. Sorgen Sie dafür, dass die Ampel nicht mehr außer Betrieb ist. Wenn Autofahrer an eine Kreuzung fahren, an der die Ampel gelb blinkt, und nicht einmal ein Kanzler, also ein Polizist, da ist, der den Verkehr regelt, dann entsteht dort Chaos. Mit Ihrer Berliner Politik hinterlassen Sie Chaos an jeder Kreuzung der Corona-Politik in Deutschland!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU macht das anders. Nach einem gelegentlichen Ringen zwischen dem "Team Vorsicht" und dem "Team Zuversicht" ist jetzt mit dem "Team Augenmaß" die perfekte

Symbiose gelungen. In diesem Team wird das Beste der beiden anderen Teams zusammengeführt.

(Unruhe)

Wir zeigen heute den bayerischen Weg auf, den wir gehen müssen, weil Sie in Berlin nicht in der Lage sind, überhaupt irgendeinen Weg vorzuschlagen. Vielleicht sollten Sie nicht Ampel, sondern Kreisverkehr heißen. Wir tun jedenfalls das, was am besten ist für unsere Heimat, für unser Land und seine Menschen. Im Hinblick auf den Schutz der Menschen sind wir beim Weg in die Maßnahmen hinein vorausgegangen. Von heute an gehen wir wieder bundesweit voraus beim Weg zurück in Richtung Normalität und Freiheit. Wir geben den Menschen in unserer Heimat ihr altes Leben zurück. Mit diesem Weg aus Freiheit und Vorsorge sorgen wir auch vor. Das ist ein guter Mix für den nächsten Herbst. Der Weg, den wir in Bayern gehen, ist der richtige. Meine Prognose lautet: Der Bund wird sich wieder anschließen. Das ist auch bei dem Weg in den Lockdown hinein stets der Fall gewesen. Seien Sie lieber klug. Opponieren Sie heute nicht dagegen, sondern folgen Sie uns gleich auf diesem Weg. Spätestens in vier oder acht Wochen werden Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund Sie ohnehin dazu auffordern. Deshalb begleiten Sie uns gleich. Ich danke Ihnen fürs Mitmachen und Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Prof. Hahn von der AfD.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Mehring, vor Kurzem haben wir bei Herrn Söder einen Kurswechsel mitbekommen. Immer wenn die CSU einen Kurswechsel vollzieht, fällt den FREIEN WÄHLERN nichts anderes ein, als unhinterfragt mitzumachen. Vorher nannten Sie es Vorsicht, jetzt ist es die Zuversicht. Fakt ist doch: Es ist genau das Gegenteil. Wenn Herr Söder umschwenkt, schwenken Sie

auch um, ohne ein eigenes Profil vorzuweisen. Das ist doch für die Bürger nicht mehr glaubhaft.

Meine Frage lautet: Wann fallen denn endlich alle Maßnahmen, wenn Sie schon so zuversichtlich sind? Wann fallen auch alle Masken? – Nach zwei Jahren sind wir diese Masken leid geworden. Deshalb meine Frage: Wann fallen die Masken? Wann fällt denn endlich die Maske der FREIEN WÄHLER? – Sie haben eigentlich keine eigene Meinung, sondern machen immer alles mit, was die CSU vormacht.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Prof. Hahn, ich bin nicht sicher, ob es irgendeine legislative Grundlage gibt, die es verbieten würde, dass ein Mitglied der FREIEN WÄHLER vor dem Hohen Haus Franz Josef Strauß zitiert. Mir kommt beim Zuhören ein Strauß-Ausspruch in den Kopf. Strauß hat einmal gesagt, man müsse kompliziert denken und einfach sprechen. Sie versuchen, kompliziert zu sprechen. Wenn ich Ihnen zuhöre, wird mir einigermaßen klar, wie einfach Sie anscheinend denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Um Ihre Frage zu beantworten: Im Hinblick auf das Datum X muss auch ich Ihnen sagen, dass auch ich diese Glaskugel, die wir uns alle in diesen Tagen wünschen würden, leider nicht besitze. Deshalb verzichten wir auf die Glaskugel und halten es mit Wissenschaft. Sie kommen als Professor, auch wenn man sich das schwer vorstellen kann, selbst aus der Wissenschaft. Sie kennen die Grundlagen des Erkenntnisgewinnungsprozesses von Wissenschaft. Derzeit gibt uns die Wissenschaft den Rat, so zu verfahren, wie wir das gerade tun. Corona ist ein medizinisches Phänomen. Es interessiert sich weder für gesellschaftliche Stimmungen noch für Politik. Die Wissenschaft interessiert sich aber für die wissenschaftliche Grundlage des Virus. Deshalb waren und sind wir wohlberaten, auf den Rat der Wissenschaft zu hören. Deshalb gibt es Öffnungsschritte. Wenn sich in Zukunft zeigt – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Relativitätstheorie von Einstein gilt auch hier. Die Zeit ist abgelaufen. – Als Nächster hat sich Kollege Taşdelen zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Arif Taşdelen (SPD): Lieber Fabian Mehring, du hast vom Kreisverkehr gesprochen – herzlichen Dank. Mit eurer Politik habt ihr, die beiden Regierungsfaktionen, euch gewaltig in die Sackgasse befördert. Das habt ihr auch gemerkt. Ihr versucht, von der schlechten Politik, die ihr in den letzten Wochen und Monaten gemacht habt, abzulenken.

Wir reden gerade über die Regierungserklärung des bayerischen Gesundheitsministers, und er ist abwesend.

(Widerspruch)

– Ich sehe ihn hier nicht.

(Zurufe)

Er ist draußen. Jetzt kommt er rein. Das kurze Gastspiel von Herrn Ministerpräsidenten Söder ist anscheinend jetzt auch beendet. Ich habe den Eindruck, dass der Herr Ministerpräsident sich in den letzten Wochen mehr für Olympia als für die bayerische Politik interessiert hat. Das zeigen seine Tweets auf Twitter. Könnten Sie vielleicht einmal mit Ihrem Koalitionspartner reden?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Taşdelen, lieber Arif, mit diesem Wortbeitrag ist sicher der Aufgabe des SPD-Generalsekretärs Genüge getan. Deshalb nehme ich eine solche Wortmeldung zur Kenntnis. In der Sache bin ich jedoch einigermaßen irritiert über die Perzeption. Sie sagen, in Bayern wäre schlechte Politik gemacht worden. Meine Beobachtung der Corona-Krisenbewältigung in Deutschland ist

eine andere. Als Mitglied der Corona-Taskforce war ich nicht weit weg. Eigentlich sind wir in Bayern immer vorangegangen. Der Bund hat fast immer im Nachgang das, was in Bayern auf den Weg gebracht wurde, zum Gegenstand des allgemeinen Handelns im Bund gemacht. Deshalb kann man uns schwer unterstellen, falsch unterwegs gewesen zu sein.

Sie sagen, der Ministerpräsident interessiere sich mehr für Olympia. Das nehme ich nicht wahr. Gelegentlich ist ihm vorgeworfen worden, in der Vergangenheit zu präsent gewesen zu sein und zu geltungsbedürftig agiert zu haben. Man kann ihm jedoch sicherlich nicht mangelnde Führung unterstellen. Ich würde eher darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn ein frisch inthronisierter Kanzler angesichts der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit über den Hashtag "#WolstOlaf" bekannt ist. Das ist bei Markus Söder nicht zu befürchten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben jetzt für ordentlich Heiterkeit in Ihren eigenen Reihen gesorgt mit dem Ausspruch, dass es eine tolle Symbiose zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU gebe – Team "Vorsicht" und "Team Zuversicht". Ihre eigenen Leute haben darüber lachen müssen. Mein Vorredner hat auch gesagt, in Bayern bekomme man von der Regierung noch richtig Führung. Ja, aber leider jeden Tag in eine andere Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Problem.

Wochenlang hat Ministerpräsident Söder ganz Deutschland erstaunt, indem er immer wieder einen Öffnungsplan für die von ihm selbst erlassenen Corona-Maßnahmen und Corona-Einschränkungen in Bayern von Berlin forderte. Vorher hatte er mehr als ve-

hement über einen langen Zeitraum verlangt, dass die Entscheidungen über Grenzwerte und Maßnahmen bei den Ländern bleiben müssen. Er wollte die Zügel in Bayern selber in der Hand behalten. So ist das auch gesetzlich geregelt. Das Verhängen und Aufheben von Maßnahmen ist, wie von ihm gewünscht, seine Aufgabe. Zusätzlich hat er aber immer wieder anderen Ländern reinreden wollen. Er forderte immer wieder die Aufhebung von Maßnahmen, die in Bayern überhaupt nicht gegolten haben. Das gilt für die 2G-Regelung im Handel und beim Einkaufen. Er wollte, dass andere Länder diese Maßnahme aufheben sollen. Seit zwei Jahren gehört es auch zu seiner politischen Folklore, vor Ministerpräsidentenkonferenzen gemeinsames und bundesweit abgestimmtes Handeln zu fordern und am Tag danach zu erklären, es in Bayern doch anders zu machen. Diese Übung hatte den einzigen Sinn und Zweck, am Wochenbeginn immer in die großen bundesweiten Interviews zu kommen. Niemand konnte feststellen, dass er ernsthaft erwogen hat, sich auch an die gemeinsamen Beschlüsse der Länder und der Kanzlerin und jetzt des Kanzlers zu halten. Heute macht er es insofern anders, als er den wochenlang von ihm geforderten Öffnungsplan, über den die Ministerpräsidentenkonferenz morgen berät, schon heute mit einem Vorpreschen in Bayern konterkariert.

Sie haben bisher alle unsere Forderungen nach einem transparenten und nachvollziehbaren Richtwertesystem zur Lagebeurteilung und nach einem abgestimmten Öffnungsplan für Bayern immer abgelehnt. Das wäre aber Ihre Aufgabe gewesen. Jetzt machen Sie es aber doch und fordern gleichzeitig ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen vor der morgigen Pressekonferenz. Als neueste Begründung ist Ihnen heute eingefallen, dass Sie das aus Respekt vor dem Bayerischen Landtag schon heute machen müssen. Sie verkünden den bayerischen Alleingang. Manchmal fragt man sich schon, ob Sie nicht selber kichern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Glaubwürdigkeit und Vertrauen stärken Sie bei der Bevölkerung damit aber nicht. Das ist schlimm, weil es ohne die Mitwirkungsbereitschaft der Menschen eben nicht geht.

Erst fordern Sie, dass wir in Bayern alles selber regeln müssen. Dann fordern Sie von Berlin, Ihnen einen Öffnungsplan vorzulegen. Jetzt kommt der Öffnungsplan, der morgen beraten wird. Dafür machen Sie heute schon einen Alleingang. Das hat weder mit "Team Vorsicht" noch mit "Team Freiheit" zu tun. Vor allem hat das überhaupt nichts mit Team zu tun. Ihnen geht es um die eigene Profilierung.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Sitzungen des Gesundheitsausschusses und auch hier im Plenum haben Sie genau das abgelehnt, was Sie jetzt selbst machen und als alternativlos bezeichnen, eben einen solchen Öffnungsplan für Bayern. Heute hat der Gesundheitsminister in der Pressekonferenz erklärt, er sei dankbar, dass Berlin jetzt ein Matrixsystem mit den verschiedenen Kriterien – also Fallzahlen, Krankenhauslage, R-Wert, Impfquote usw. – von Experten erstellen lässt. Genau das fordere ich von Ihnen seit Wochen. Sie haben das zwar angekündigt, aber dann nicht umgesetzt.

Sowohl bei der allgemeinen als auch bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht konnte es Ihnen dagegen nicht schnell genug gehen. Die ganze Zeit haben Sie gedrängelt und wollten dann auf einmal von Ihren eigenen Beschlüssen nichts mehr wissen. Sie haben im Bundestag und Bundesrat zugestimmt, aber anschließend Zweifel gesät.

Der Gesundheitsminister war bei der letzten Ausschusssitzung zugeschaltet und hat beim Thema einrichtungsbezogene Impfpflicht davon gesprochen, dass den Pflegekräften ein Sonderopfer abverlangt werde und sie dann stigmatisiert seien. Ich habe gedacht, ich höre nicht richtig, dass der Gesundheitsminister bei einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht von einem "Sonderopfer" und einer "Stigmatisierung" redet. Die Pflegekräfte werden wie alle anderen Menschen behandelt. Man muss sie nicht vor der Impfung schützen, sondern die Impfung schützt die Menschen, ganz besonders in den Einrichtungen des Gesundheitsbereichs.

(Beifall bei der SPD)

Ich bekomme auch selber immer mehr in meinem Umfeld mit, dass sich Menschen in den Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen infizieren. Das hat einen Zusammenhang. Es geht wirklich darum, kranke und auch ältere Menschen zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Er hat für die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auch eine Übergangszeit bis zum 30. Juni 2022 ins Gespräch gebracht, und zwar bei Bestandskräften. Er unterscheidet also noch einmal innerhalb der Gruppe der Pflegekräfte. Das hat Potenzial für mehr Ungerechtigkeit und Chaos. Es ist nicht hilfreich für die Bekämpfung der Pandemie, noch einmal unter den Pflegekräften danach zu unterscheiden, wer schon wie lange im Haus ist.

Andere Bundesländer arbeiten schon länger konstruktiv an der Umsetzung. Wenn Sie die gleiche Arbeit nicht hinkriegen, legen Sie doch bitte offen, bis wann Sie welche Aufgaben schaffen, sonst ist es kein Aufschub, sondern das Prinzip Sankt Nimmerlein.

Über die Rolle der Ampel will ich Ihnen noch einmal etwas Grundsätzliches sagen, wenn Sie beklagen, dass der Gesetzentwurf aus den Reihen der Bundestagsabgeordneten und nicht von der Regierung kommt. Bitte schreiben Sie alle noch einmal mit: Es gehört zur Arbeitsplatzbeschreibung von frei gewählten Abgeordneten, Gesetze zu machen. Es gehört zur Arbeitsplatzbeschreibung von Regierungsmitgliedern, Gesetze umzusetzen.

(Zurufe)

Das ist Ihre Aufgabe als Exekutive. Das Parlament ist die Legislative. Die Handreichungen sind da. Hinter den Kulissen haben nämlich längst auch Ihre Mitarbeiter in den Ministerien von Bund und Ländern, auch aus Bayern, daran mitgearbeitet, während Sie gleichzeitig lautstark behauptet haben, die Bundesregierung tue nichts. Sie waren aber in Wirklichkeit selber daran beteiligt. Hier liegen sie ja vor, diese Handreichungen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Heute haben Sie gesagt, es wäre richtig, die Dinge vorher zu klären und Nachbesserungsbedarf anzumelden. Das haben Sie aber selber nicht getan, sondern immer nur gedrängelt. Es müsse schnell gehen. Bei dieser Botschaft vertauschen Sie jetzt Sender und Empfänger; denn das gilt ja schließlich auch bei der allgemeinen Impfpflicht. Aber auch da fahren Sie leider den durchaus gefährlichen Kurs: Sie drängeln und torpedieren gleichzeitig.

(Beifall bei der SPD)

Die Union hat den SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich in Berlin abblitzen lassen. Auf ein Gesprächsangebot der SPD zum Thema Impfpflicht hat die Unionsfraktion ablehnend reagiert. Ministerpräsident Söder hat heute bei der Pressekonferenz wörtlich gesagt, die Bürger stellten mittlerweile höhere Ansprüche an Transparenz und Nachvollziehbarkeit, anders als zu Beginn der Pandemie. – Nein, das ist nicht richtig. Die Menschen wollten das natürlich von Anfang an und haben auch keinerlei Verständnis für Ihr Hü und Hott.

Dass Sie heute so polemisch um sich geschlagen haben, liegt wohl daran, dass Sie gemerkt haben, wie schlecht dieses Geeiere bei den Leuten ankommt. Die Menschen merken halt einfach, wenn man sie verschaukelt. Bitte fahren Sie einen klaren Kurs, und setzen Sie das um, wofür Sie zuständig sind!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich das Zerrbild korrigieren, das Gesundheitsminister Holetschek hier gerade von der Pandemie-Politik der Bundesregierung gezeichnet hat. Fakt ist: Die

Ampel hat unser Land im vergangenen Vierteljahr erfolgreich durch die vierte Welle gesteuert.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Sie hat dabei vor allem den Sirenengesängen des Panikorchesters widerstanden, das Ende des letzten Jahres schon wieder einen Lockdown gefordert hat. Wäre die alte, die unionsgeführte Bundesregierung noch im Amt, säßen wir seit Dezember im Lockdown. Es ist gut, dass die Ampel den Bürgerinnen und Bürgern das erspart hat.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

In Bayern hingegen sind wir in den vergangenen Wochen wieder Zeugen diverser wundersamer Wandlungen unseres Regierungschefs geworden.

Beispiel Nummer eins. Im November haben Sie, Herr Ministerpräsident – wo ist er? Nicht mehr bei uns –, als einer der Ersten eine einrichtungsbezogene Impfpflicht gefordert. Im Dezember haben CSU im Bundestag und Staatsregierung im Bundesrat dem entsprechenden Gesetz zugestimmt. Jetzt wollen Sie eben dieses Gesetz in Bayern nicht umsetzen.

Man kann ja berechtigte Zweifel haben, ob diese Impfpflicht angesichts der veränderten Lage noch angemessen ist. Ich teile diese Zweifel. Aber dann muss man sich um eine Änderung des Gesetzes bemühen und darf nicht einfach sagen: Wir setzen das in Bayern nicht um. Wenn jede Landesregierung nur diejenigen Gesetze aus dem Bund umsetzt, die gerade opportun erscheinen, dann landen wir in einer Anarchie. Meine Damen und Herren, dann können wir uns die Gesetzgebung sparen.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel Nummer zwei. Herr Ministerpräsident, Sie haben jüngst erklärt – Zitat –:

Wir brauchen Transparenz in den Zahlen. Wir hatten in den letzten Monaten immer so ein Zahlen-Kuddelmuddel.

Hört, hört!

Als die FDP hier im Landtag im Dezember Aufklärung über die falschen Zahlen des LGL gefordert hat, wurde sie aus den Reihen der CSU-Fraktion reflexhaft noch in die Nähe von Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretikern gerückt. Das dürfte Ihnen inzwischen peinlich sein; denn wir wissen ja, dass die FDP recht hatte. Die Zahlen lagen sogar noch stärker daneben, als wir angenommen hatten. Schön, wenn die Staatsregierung jetzt endlich Besserung gelobt.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel Nummer drei. Herr Ministerpräsident, Sie haben vor drei Tagen getwittert – ich zitiere –:

Es braucht weniger und klarere Corona-Regeln. Wir haben uns in Deutschland im Dickicht von Verordnungen verirrt.

Ja, wer hat denn dieses Dickicht zwei Jahre lang wachsen und wuchern lassen? Wer hat es denn regelrecht herangezüchtet? Wer hatte denn immer die meisten und kompliziertesten Regeln und wollte immer noch eine bayerische Extrawurst? Jetzt wollen Sie den Bock zum Gärtner machen bzw. als Bock selber zum Gärtner werden und das Dickicht lichten. Nur zu! Wir werden Ihnen dabei gerne behilflich sein.

(Beifall bei der FDP)

Genauso verwirrend wie Ihre Regeln ist inzwischen auch die wöchentlich wechselnde Zugehörigkeit des Ministerpräsidenten zu irgendwelchen Teams. Das bringt mich zu Beispiel Nummer vier. Im letzten Jahr waren Sie noch "Team Vorsicht". Im Januar hieß es dann "Team Augenmaß". Vor einer Woche hieß es plötzlich "Team Hoffnung". Heute hören wir vom "Team Freiheit". – Herr Ministerpräsident, im Fußball nennt man Spieler, die so oft das Team wechseln gemeinhin "Wandervögel". Diese kommen zwar viel in der Welt herum, aber zu Vereinslegenden schaffen sie es in der Regel nirgends. Sie, Herr Söder, erscheinen momentan als der Wandervogel der deutschen Politik:

heute hier, morgen dort – noch dazu als Spieler ohne besonderen Teamgeist, das heißt immer mehr als Einzelkämpfer. Ein Mannschaftsspieler oder Publikumsliebbling wird man so sicherlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie jetzt in unser Team, ins "Team Freiheit", wechseln wollen, soll uns das natürlich recht sein. Jeder, der mithilft, unser Land wieder zur Normalität zurückzuführen, ist uns willkommen; denn diese Rückkehr zur Normalität ist dringend geboten. Nicht die Freiheit muss sich rechtfertigen, sondern ihre Einschränkung muss gerechtfertigt werden.

Die Rechtfertigung für die Freiheitseinschränkungen war zuletzt immer die drohende Überforderung unseres Gesundheitswesens. Wir sehen, dass sie nicht mehr droht. Wir sehen, dass sich die Lage durch Omikron und durch die hohe Impfquote fundamental verändert hat. Wir sehen auch, dass immer mehr Länder um uns herum die Maßnahmen auslaufen lassen. Deswegen ist es richtig, dass wir den Ausnahmezustand jetzt beenden. Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es mit dem "Team Freiheit" ernst meinen, dann unterstützen Sie heute unseren Antrag zur Aufhebung der epidemischen Lage in Bayern!

Corona wird nicht verschwinden, aber der Ausnahmezustand muss enden. Das tut er bundesweit am 20. März. In Bayern sollten wir die Einschränkungen bis dahin schrittweise zurücknehmen, die das Leben der Menschen in Bayern schon so lange erschweren.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Dr. Beate Merk für die CSU-Fraktion.

Dr. Beate Merk (CSU): Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an unseren Minister für seine kraftvolle Rede, die Klar-

heit gebracht hat, klare Ansagen gemacht hat, die Leitplanken dargestellt hat und unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigt, wo es in den nächsten Wochen hingeht und wie wir es schaffen, nach und nach Maßnahmen, die wir gebraucht haben, wieder sanft und vorsichtig zurückzufahren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Menschen in unserem Land schätzen und erwarten klare Ansagen und eine klare Haltung in dieser Pandemie. Diesen Führungsstil kann die Bayerische Staatsregierung für sich zu Recht in Anspruch nehmen.

Heute ist abermals der Zeitpunkt für eine klare Ansage. Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Das macht uns Hoffnung. Das ist schön. Dennoch brauchen wir bislang noch Instrumente, die jederzeit verfügbar sind, damit zum Schutz der Menschen eingegriffen werden kann. Es geht darum, dass wir die epidemische Lage so verlängern, dass wir parallel zur Bundesregierung fahren. Das ist der richtige Weg; denn nach wie vor besteht die konkrete Gefahr, dass wir eine Ausbreitung von Corona erleben. Nach wie vor verharren die Infektionszahlen auf einem Rekordniveau. Deswegen ist nur ein Schluss möglich: Die epidemische Lage muss verlängert werden.

Wir wissen doch gut, dass die Rechnung nicht aufgegangen ist, als die Ampel im Bund die epidemische Lage im Herbst vorschnell beendet hat. Das war gefährlich; das wissen wir alle. Vor allen Dingen setzte es aber auch die falschen Signale zur unpassenden Zeit. Man hat dann alles wieder zurückholen und zurechtbiegen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Art von Politik schafft eben nun mal kein Vertrauen. Ganz im Gegenteil, sie sät Zweifel, sie wirft Nebelkerzen, sie gibt Manipulatoren, Aggressoren und Totengräbern der Demokratie eine Plattform. Klare Ansagen und klare Haltungen aber geben eine konstruktive Perspektive. Deshalb lernen wir demokratischen Vertreter hier im Haus bitte daraus. Die weitere Beibehaltung bis zum 19.03. muss für uns eine Selbstverständlichkeit sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht auch darum, dass wir dann, wenn die Lockerungen – was wir alle nicht hoffen – noch einmal zu einer schwierigeren Lage führen würden, jederzeit handeln könnten und nichts weiter vorbereiten müssten. Aber wie gesagt sind das alles Dinge, die wir hoffentlich nicht brauchen. Aber Netz und doppelter Boden sind besser.

COVID-19 erinnert mich an das Spiel Domino, das Geduld, Ausdauer und Genauigkeit erfordert. Da baut man aus vielen Steinen eine Straße, aber nur einmal dagegen zu rempeln reicht, und ratzfatz fallen alle Steine um. Die Dynamik und Geschwindigkeit erleben wir bisweilen jetzt: Wo Omikron anfängt, bleiben nur wenige nicht betroffen.

Die Gefahr – das haben wir heute alle schon herausgearbeitet – liegt nicht in der hohen Hospitalisierungsrate. Die Gefahr liegt darin, dass wir wichtige Bereiche unseres Lebens und des öffentlichen Lebens möglicherweise nicht mehr gestalten können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir selbst haben es in den letzten Wochen in unseren eigenen Reihen gespürt, wie schnell durch Omikron die Personaldecke schmelzen kann. In so manchem Krankenhaus herrscht heute auch einmal kurzfristig ein Aufnahmestopp, wie ich zum Beispiel am Wochenende in einem Krankenhaus meiner Region erfahren habe. Das heißt, es ist schlichtweg kein Pflegepersonal da. Die Pflegenden sind mit Omikron angesteckt. Die, die noch verbleiben, arbeiten wie auf Messers Schneide, wohl wissend, dass viele Patienten mit verschiedensten Erkrankungen abgewiesen werden müssen. Unsere Versorgungssicherheit ist also keine Selbstverständlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit einem klaren Kompass erreichen wir immer wieder die richtige Balance aus Freiheit und Sicherheit. Ich finde es daher gut, dass unsere Staatsregierung jetzt besonnen agiert, statt vollmundig und überbordend Freedom Days einzuführen und alle Bedenken über Bord zu werfen. Es ist um ein Vielfaches wichtiger, dass wir in dieser Situation, in der wir noch nicht wissen, inwieweit Long COVID vor allen Dingen auch Kinder und Ungeimpfte betreffen kann, vorsichtig sind und auch darauf achten, wie Corona sich zum Winter hin weiterentwickelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema "einrichtungsbezogene Impfpflicht" ist jetzt von so vielen Kollegen angesprochen worden. Ich möchte dazu gar nicht mehr viel sagen, nur eines: Alle Bundesländer haben bei der Umsetzung Probleme. Alle Länder haben gesagt, dass sie ihnen Schwierigkeiten bereitet. Wir haben es klar ausgedrückt: Bevor nicht die entsprechenden Antworten da sind, setzen wir nicht um. Es ist auch ganz wichtig, einmal sehr deutlich zu sagen, dass Dinge wie zum Beispiel Umsetzungsfristen oder die Frage, ob Neueingestellte jetzt nur noch Geimpfte sein dürfen, im Gesetz stehen und wir darüber gar nicht mehr weiter diskutieren müssen.

Wichtig ist für uns, dass wir alle am Ball bleiben, damit die Impfquote weiter steigt. Wir sollten gerade nicht den Fehler machen, den man schon im vergangenen Jahr gesehen hat, dass wir in der warmen Jahreszeit den Winter völlig ausblenden und dann Gefahr laufen, zu einem Jo-Jo-Effekt von Öffnen – Schließen – Öffnen – Schließen zu kommen.

Wer bisherigen Impfstoffen, aus welchen Gründen auch immer, kritisch gegenübersteht, der hat ab dem 27. Februar eine weitere Chance. Wir werden uns massiv darum kümmern und uns massiv dafür einsetzen, dass der neue Impfstoff so schnell wie möglich zur Verfügung steht. Nun gibt es diesen Totimpfstoff, auf den so viele gewartet haben. Ihnen wird es nicht anders gegangen sein als mir: Darauf hat man uns immer wieder angesprochen. Ich wünsche mir, dass sich nun all diejenigen, die das gesagt haben, auch tatsächlich impfen lassen. Ich wünsche mir sehr, dass alles, was sie zu uns gesagt haben, nicht nur leere Worte waren, und dem jetzt auch Taten folgen; denn wir haben insgesamt in vielen Altersgruppen noch Aufholbedarf, wenn wir möglichst viele Menschen schützen wollen. Gerade auch in der Altersgruppe 50 plus gibt es beim Boostern noch deutlich Luft nach oben.

Also lassen Sie es uns gemeinsam anpacken, damit wir gerüstet sind und es im Herbst kein böses Erwachen gibt. Gehen wir mit Verantwortung auf ein Frühjahr mit Normalität zu. Nutzen wir die Zeit. Die beste Zeit zum Impfen ist jetzt. Dies bremst

zwar nicht mehr die laufende Welle, aber alles, was noch kommt. Impfen schützt in jedem Lebensalter. Kinder, Schüler, Studenten, die Älteren – alle werden vor schweren Erkrankungen, dauerhaften Schäden und vor allem vor dem Verlust von ganz viel Lebensqualität und Freude geschützt.

Ein besonders großer Dank gilt dem pflegerischen und medizinischen Personal, allen Beschäftigten in den Krankenhäusern und Praxen, den Lehrerinnen und Lehrern, allen, die sich impfen lassen, allen, die wissenschaftlich für unsere Medikamente, vor allen Dingen eben auch für die Vakzine gesorgt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern setzt nicht auf "gut Glück". Mit Corona zu planen, ist schwierig. Das Gebot der Stunde darf nicht Naivität lauten. Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Abgeordnete Kerstin Celina aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Holetschek, ich bin enttäuscht. Das war keine substanzreiche Regierungserklärung; das war substanzloses Rumgeschimpfe einer Regionalpartei, die im Bund nur noch in der Opposition ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zuerst: Wir GRÜNE stehen dazu, Herr Minister Holetschek. Dazu habe ich auch heute wieder kein Wort von Ihnen gehört.

(Zuruf)

Dabei geht es um viel. Es geht um unsere Jugend. Es geht um die Kinder, die schon vor Corona besonders einsam, traurig und ängstlich waren. Gerade diese sind jetzt

noch einsamer, ängstlicher und trauriger und werden krank. Sicherheit, Halt und Austausch fehlen. Depressionen und psychische Belastungen steigen. Wir müssen jetzt dringend handeln. Wir brauchen jetzt eine Taskforce, ein schlagkräftiges Bündnis der Beteiligten und Betroffenen auf allen Ebenen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Corona-Krise ist eine besonders lang anhaltende Krise, vor allem in der relativ kurzen Lebenszeit der jungen Menschen. Zwei Jahre hinterlassen lange Spuren in der Psyche junger Menschen. Ein Teil der Jugendlichen hat zum Glück eine hohe Resilienz, hat Eltern, die sich kümmern können. Aber viele junge Menschen haben das eben nicht. Gesundheit ist nicht gleichmäßig verteilt, und auch die Gefahr, krank zu werden, ist ungleich verteilt. Genau deswegen müssen wir uns kümmern, und zwar jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte Ihnen viele Studien zitieren, die das belegen. Ich belasse es hier aber bei einer Umfrage des Bayerischen Philologenverbands vom vergangenen Jahr, die Sie sicherlich kennen. Demnach gibt es in 85 % der Klassen Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf im psychosozialen Bereich. In der Hälfte der Klassen benötigen drei und mehr Schüler*innen professionelle Hilfe. Das sind 10 % der bayerischen Gymnasias-ten. In den anderen Schulen und an den Universitäten sieht es genauso aus. Was an den Grundschulen in der vierten Klasse los ist, das kriegen Sie doch mit: Noten- und Schulaufgabendruck, gepaart mit Unsicherheit, die von den extrem hohen Inzidenzen herrührt.

Wir haben deswegen einen Antrag gestellt, um die Schüler und Schülerinnen im dritten Pandemiejahr besser pädagogisch, psychosozial und organisatorisch zu unterstützen. Diesen hat der Bildungsausschuss im Dezember abgelehnt. Heute fordern wir Sie mit unserem Dringlichkeitsantrag erneut auf, endlich unsere Kinder in den Blick zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen bessere Hilfsangebote. Stellen Sie sich einmal vor, Sie bekommen Zahnschmerzen oder Ihr Zahn bricht ab, Sie rufen beim Zahnarzt an und fragen nach einem Termin, und dieser sagt Ihnen: In fünf oder sechs Monaten können Sie vorbeikommen. Das akzeptiert niemand! In der psychosozialen Versorgung ist dies aber oft Realität. Das Netz ist viel zu dünn gewebt. Hier fallen viele durch die Maschen, gerade diejenigen, die nicht in der Lage sind, viele Stunden zu investieren, um andere oder niedrigschwellige Hilfsangebote zu suchen und zu finden. Mich macht dies betroffen. Wir GRÜNE wollen handeln. Wir fordern Sie auf, mit uns zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können und wollen nicht warten, bis diese Kinder als Notfälle in den Kliniken aufgenommen werden. Wir müssen sie frühzeitig aufsuchen und finden und ihnen in ihrer Region adäquate Behandlungsmöglichkeiten geben, und zwar überall, zum Beispiel auch in Niederbayern, wo gerade mehrere Praxen schließen und die psychotherapeutische Versorgung am Boden liegt. Wir brauchen ein Netz, ein Bündnis und einen Zusammenschluss der verschiedenen Professionen. Wir brauchen Jugendarbeit und Schulpsychologie, Klinikplätze sowie ambulante und mehr kassenärztlich bezahlte Psychiatrie. Wir brauchen Vorsorge, Resilienz, Sucht- und Medienberater sowie kommunale, bezirkliche und staatliche Strukturen, die ineinandergreifen und abgestimmt arbeiten. Wir brauchen dies nicht irgendwann, sondern wir brauchen es jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Taskforce, die sich dieser Aufgabe stellt. Der erste bayerische Psychiatriebericht, der im Februar vorgestellt wurde, bestätigt die Defizite bei der Versorgung mit psychiatrischer und psychotherapeutischer Hilfe. Wir wollen, dass die Staatsregierung jetzt endlich handelt und alle demokratischen Fraktionen hier im Landtag mit uns zusammen beschließen, diese Taskforce zu gründen, die sich kümmert.

Wenn Sie glauben, dass man bei psychischen Schmerzen nicht länger als bei Zahnschmerzen auf Hilfe warten sollte, dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden den Freedom-Day-Anträgen der AfD und der FDP natürlich nicht zustimmen. Dem Antrag der SPD werden wir zustimmen. Der CSU und den FREIEN WÄHLERN sage ich: Es klingt, als ob Sie wieder einmal alleine vorpreschen wollten, anstatt sich auf gemeinsame Lösungen mit anderen Ländern und dem Bund zu verständigen, deswegen unsere Ablehnung und die Aufforderung, nicht wieder den einsamen Söder-Weg zu gehen, sondern den gemeinsamen Weg einzuschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Celina. – Ich darf die nächste Rednerin ans Pult bitten. Diese ist Frau Abgeordnete Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN. Frau Kollegin Enders, bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer neuen Phase der Pandemie. Mit der Omikron-Variante des Coronavirus sind die Karten neu gemischt. Politik, Gesellschaft und Medizin – also auch wir – schlagen hier ein neues Kapitel auf. Die "Tagesschau" schreibt vor wenigen Tagen auf ihrem Onlineportal über diese neue Phase und über den von der Bundesregierung eingesetzten Corona-Expertenrat. Dieser empfiehlt vorausschauende Öffnungsstrategien in Deutschland.

Auch in anderen Staaten gibt es bereits massive Änderungen der Vorgehensweise. Blickt man auf die Aussagen von Experten und Medizinern, so stehen perspektivisch vulnerable Gruppen auch weiterhin im Zentrum. Hygienekonzepte in Pflegeheimen sind und bleiben auch zukünftig unerlässlich. Die Isolierung von COVID-19-Patienten im Krankenhaus steht außer Frage. Auch eine Maske ergibt dort, wo viele Menschen zusammenkommen, zumindest im Moment durchaus noch Sinn.

Jetzt geht es nicht um Übermut, sondern um umsichtiges Handeln, meine Damen und Herren. Bayern geht voran. Unsere Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER gibt der Bayerischen Staatsregierung dabei einen pragmatischen Anstrich. Gesundheitsminister Holetschek hat in seiner Regierungserklärung gezeigt, woher Bayern kommt und wohin Bayern nun gehen kann. Umsicht und Weitblick waren und sind die Wegbegleiter unserer gemeinsamen Politik und für unseren Freistaat. Wir FREIE WÄHLER sagen, es braucht nun aber Klarheit und einen Ausstieg aus der Corona-Beschränkung. Es braucht neue Phasen der Corona-Politik. Omikron zeigt, dass Corona nicht mehr planbar ist. Omikron zeigt aber auch, dass wir Menschen damit umgehen und damit leben können und auch müssen.

Vor vielen Monaten stand ich hier am Pult des Hohen Hauses und habe gesagt, dass wir irgendwann lernen werden, mit Corona zu leben. Jetzt ist es soweit. Mit Omikron ist unser Gesundheitssystem weiter intakt geblieben. Uns ging es immer vorrangig um Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. In der Regierungserklärung ist der Plan für die kommenden Wochen und Monate soeben skizziert worden. Auch wenn wir als Koalitionspartner oft unterschiedlicher Meinung sind, haben wir uns auch hier wieder auf einen gemeinsamen Weg einigen können. Unser gemeinsamer Dringlichkeitsantrag zählt die Ziele auf. Ich begrüße es sehr, dass jetzt auch unsere Mitstreiter von der CSU diesen Öffnungsweg mit uns gehen können.

Die Lockerungen und die Rücknahme der Einschränkungen sind jetzt dringend notwendig und auch angemessen. Dies wird dem einen oder anderen natürlich immer noch zu weit gehen; denn viele Menschen sind immer noch verunsichert. Genauso gibt es Stimmen, die natürlich sofort alles zurücknehmen möchten.

(Zuruf)

Wir fordern jetzt, die Corona-Regeln schrittweise zurückzunehmen. Die Ampel-Regierung im Bund muss nun endlich liefern und darf die Menschen nicht ständig verwirren und verunsichern. Die Fehler der Ampel-Regierung werden massiver: eine Verkürzung

des Genesenenstatus, der in einer Nacht-und-Nebel-Aktion angepasst wurde, Chaos bei einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die nicht umgesetzt werden konnte, und ein Panik-Minister Lauterbach, der jeden Tag einen neuen Teufel an die Wand malt. Wir brauchen nun eine Überarbeitung der gesamten Corona-Verordnung und eine Rücknahme von nicht mehr Notwendigem. Wer die Menschen auf der Straße fragt, welche Verordnungen wir in unserem Land haben, wird keine Antwort erhalten. Nicht einmal alle Behörden wissen im Moment noch genau, was gerade geht und was nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lage in den Kliniken ist entspannt, zumindest was Corona betrifft. Die Zeit der Verunsicherung ist vorbei. Der Lungenfacharzt Thomas Voshaar sieht in der Omikron-Variante eine Chance zum Ausstieg aus der Pandemie. Omikron sei deutlich infektiöser, aber parallel dazu weniger aggressiv. Das wissen wir, das haben wir kennengelernt. Wir FREIE WÄHLER stehen zu diesem neuen Kurs. Wir haben zwei Jahre Corona mit schmerzlichen Erfahrungen, aber auch mit Angst, mit Unsicherheit und vor allem mit unzähligen Panikmeldungen hinter uns.

Meine Damen und Herren, die Menschen haben jetzt ein Recht auf gute Nachrichten. Ich bitte um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen. Die Dringlichkeitsanträge von SPD, FDP, GRÜNEN und AfD lehnen wir ab. Die SPD fordert ein konsequentes Impfen und Lockerungen mit Augenmaß. Das tun wir bereits. Die FDP will schneller in die Freiheit. Bitte gedulden Sie sich noch ein bisschen, und zerstören Sie nicht unseren gemeinsamen Erfolg. Im Antrag der GRÜNEN finde ich keinen Zusammenhang mit der heutigen Regierungserklärung. Die AfD will jetzt alles hopplahopp abschaffen – wahrscheinlich, damit sie im Herbst wieder sagen kann, die Regierungsfractionen hätten nichts vorbereitet. Hier können wir nicht mitgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Frau Celina. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht nur in Bayern nicht umgesetzt werden kann, nicht in allen Ländern. Die Bayern waren die Einzigen, die sich beschwert haben, sie könne nicht umgesetzt werden. Der Fehler liegt somit nicht bei der Bundesregierung, sondern in Bayern. Ein weiterer Punkt: Bayern hat seit zwei Jahren die höchsten Inzidenzen, mit die niedrigsten Impfquoten und ein Durcheinander von Vorpreschen und Hinterherhecheln, und Sie werfen dem Bund Chaos vor. Kann das sein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Celina, so sehr ich Sie schätze: Haben Sie nicht bemerkt, dass es nicht nur in Bayern Kliniken gibt, die unter dem Pflegenotstand leiden, der durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt noch verstärkt wird?

(Zuruf)

Zum Teil müssten die Einrichtungen Abteilungen schließen, wenn sie ungeimpfte Mitarbeiter ab dem 15. März vor die Tür stellen würden. Was Chaos und Panik betrifft, habe ich bei Herrn Lauterbach sehr massiv erkennen müssen, dass seine hauptsächlichen Worte in der Vergangenheit "wird wohl schlimmer sein" und "ist wohl zu erwarten" waren. Tut mir leid, aber mit ständigem Panikmachen werden wir unserer gesamten Gesellschaft nur schaden! Damit erreichen wir gar nichts, außer Verunsicherung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke schön. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Damit komme ich zum nächsten Redner. Das ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart. Herr Abgeordneter Winhart, bitte ans Rednerpult.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, das ist schon eine sehr merkwürdige Regierungserklärung, die wir heute hier vom Gesundheitsminister gehört haben. Er spricht sich für die allgemeine Impfpflicht aus und meint, dass die so furchtbar notwendig ist. Er verwahrt sich gegen jegliche Kritik an der Beschaffungspolitik des Ministeriums für Gesundheit und Pflege, aber wir haben schließlich nicht zufälligerweise einen Untersuchungsausschuss hierzu.

Meine Damen und Herren, ich bin echt enttäuscht von dieser Regierungserklärung. Herr Holetschek, Sie sprechen von Verantwortung und davon, dass man diese Verantwortung auch tragen muss. Dann stellen Sie sich doch heute auch einmal hierher und sagen den Pflegerinnen und Pflegern, den medizinischen Fachkräften da draußen, dass es Ihr Wunsch ist, dass es die CSU und die FREIEN WÄHLER sind, welche die Impfung der Pflegekräfte, der Menschen im medizinischen Bereich wünschen und durchziehen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn man sich die Dringlichkeitsanträge zum heutigen Plenum anschaut, findet man da nicht viel Neues darunter. Meistens ist das irgendwann von der AfD abgeschrieben. Die CSU spricht sich für einen vernünftigen Weg aus der Corona-Pandemie aus. Meine Damen und Herren, da schreiben Sie beispielsweise von "Lockerungen" an den Hochschulen. Meine Damen und Herren, was haben wir denn in der letzten Woche erst hier besprochen? – Herr Kollege Hahn winkt gerade, völlig zu Recht. Letzte Woche haben wir Ihnen vorgeschlagen: Lockern Sie an den Hochschulen. – Was haben Sie gesagt? Nein, das geht nicht, die epidemische Lage lässt das nicht zu. Diese Woche bringen Sie es nun selbst ein.

Die SPD hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie ist immer noch bei "Konsequent impfen". Wenn Sie sich auch weiterhin mit den paar Prozent, die Sie hier vertreten, glücklich schätzen, dann soll mir das recht sein. Sie fordern hier aber einen Bericht der Staatsregierung. Mit einem Bericht, Herr von Brunn, kommen Sie aber nicht weiter.

Wer nur einen Bericht will und die Staatsregierung zu irgendetwas auffordert, hilft den Menschen draußen nicht.

Die GRÜNEN sind fast schon zynisch. Meine Damen und Herren, auch hier sei Ihnen gesagt: Schauen Sie in das Programm, das wir von der AfD in den letzten Wochen und Monaten bereits zu den psychischen Problemen in Bayern wegen Corona und wegen der Corona-Maßnahmen – das darf man nie vergessen – vorgeschlagen haben, damit man hier in die Gänge kommt. Sie haben alles abgelehnt, was von der AfD kam, weil es Ihnen anscheinend nur um Parteipolitik geht und nicht um die Bürgerinnen und Bürger. Wir können in Bayern froh sein, dass Sie nicht regieren. Wenn nämlich Ihre Maßnahmen gegriffen hätten, dann wären die psychischen Belastungen für die Bevölkerung noch viel größer gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Zum Schluss noch zur FDP: Wir können heute gern das Ende der epidemischen Notlage beschließen. Das ist kein Problem. Aber, Werte Damen und Herren von der FDP, dann sagen Sie doch auch einmal, was der Plan sein soll, oder entwickeln Sie selbst einen Plan. Sie fordern aber nur die Staatsregierung auf, einen Plan vorzulegen. Das hat Herr Söder bereits gestern gemacht, Herr Hagen. Sie sind also wieder ein bisschen spät dran. Was spricht Klartext, was zeigt eine Perspektive auf? – Meine Damen und Herren, das ist das 10-Punkte-Programm der AfD zu einem verträglichen Ausstieg aus dieser Corona-Krise und aus den Corona-Maßnahmen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, dazu gehört vollkommen klar eines dazu, was wir seit Wochen, seit Monaten predigen, nämlich die Freiwilligkeit und die Eigenverantwortlichkeit statt Bevormundung und Maßnahmen. Dazu gehört auch einzusehen, dass die Impf- und Testzentren jetzt überflüssig sind und geschlossen werden müssen.

Aber dann haben wir so abartige Situationen wie die, dass man jetzt zwar wieder an seinen Arbeitsplatz gehen kann, raus aus dem Homeoffice, aber nicht mit dem ÖPNV ohne 3G-Nachweis zur Arbeitsstätte fahren kann. Die 3G-Regel im öffentlichen Personennahverkehr gehört abgeschafft. Wenn Sie mich persönlich fragen, dann gehört sie auch in allen anderen Zügen abgeschafft. Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, dass jetzt die Maskenpflicht abgeschafft wird. Herr Sauter hat genügend verdient. Jetzt brauchen wir uns nicht mehr weiter damit herumzuplagen. Die Leute sind es leid, vor allem an der frischen Luft, in den Schulen und in den Kindertagesstätten. Die Zeit der Masken ist vorbei.

(Beifall bei der AfD)

Nun müssen wir an die Zukunft denken. Wir müssen diejenigen schützen und weiterhin gut versorgen, die mit Long COVID bestraft wurden und die jetzt ein Leiden haben. Deshalb fordern wir hier beispielsweise eine Corona-Folgen-Stiftung, eine Stiftung ganz klar deswegen, weil es in Deutschland durchaus vorgekommen ist, dass Corona-Gelder am Schluss beim Radwegbau geendet sind. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass diese Gelder über die Stiftung dann auch bei den Betroffenen ankommen. Dann kommt das Geld dahin, wo es auch hilft.

Es gibt noch viele andere Dinge wie den Grenzübertritt etc. etc. Eines aber liegt mir noch am Herzen, und zwar die Wirtschaftshilfen. Die Wirtschaft hat während Corona am meisten unter Ihren Maßnahmen gelitten, die ganzen Einzelhändler, die pleitegegangen sind, die ganzen Gastronomen, die ihre Existenz verloren haben. Da wollen wir zumindest jetzt beim Ausstieg eine Kontinuität, damit die Wirtschaftshilfen noch weiterbezahlt werden.

Noch ein letzter, ein zehnter Punkt, meine Damen und Herren, und der hat mit Anstand zu tun. Wer hier Verantwortung fordert, der soll sich auch hier herstellen und sich für die überzogenen Maßnahmen – die bayerische Gerichte auch als überzogen bezeichnet und die entsprechend geurteilt haben – entschuldigen. Also, derjenige soll

sich auch hier herstellen und sich entschuldigen. Das wäre heute eine gute Gelegenheit für Herrn Holetschek und für Herrn Söder gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Ich darf zum nächsten Redner kommen. Das ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Florian von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich beim Ministerpräsidenten bedanken, dass auch er wieder einmal die Zeit findet, hier im Landtag vorbeizuschauen. Ich glaube aber, er übt schon für das nächste Jahr, wie das so ist, wenn man die Regierungsbank verlässt.

Herr Holetschek, Ihre Erklärung war eine Oppositionserklärung, keine Regierungserklärung, inhaltlich dürftig. Ich kann Sie gerne aufklären: Vorsicht und Augenmaß angesichts von Corona, das ist der Kurs von Bundeskanzler Olaf Scholz, von Karl Lauterbach, der SPD und der Fortschrittskoalition mit GRÜNEN und FDP in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen dabei zuvorderst auf die Impfung, weil das Impfen unser Weg zurück in die Freiheit ist. Deshalb tun wir alles dafür, dass sich noch viel mehr Menschen in Deutschland impfen lassen. Wir wollen, dass sich mehr ältere Menschen impfen lassen. Rund 3 Millionen von ihnen haben nämlich noch keinen Booster, und 2,8 Millionen sind noch nicht einmal ein zweites Mal geimpft. Leider, und das ist Ihre Verantwortung, liegt Bayerns Quote auch hier unter dem Bundesdurchschnitt. Natürlich müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich gerade die Ungeimpften impfen lassen, denn impfen schützt vor schweren Krankheitsverläufen, vor der Einweisung ins Krankenhaus, der Verlegung auf die Intensivstation, vor Long COVID und vor dem Tod durch Corona. Und es schützt Mitmenschen vor der Ansteckung. Wer glaubt, dass Deutschland die

derzeitige Corona-Welle nur deswegen glimpflich überstanden hat, weil Omikron einen milderen Verlauf hat, der verkennet, dass gerade die Impfung eine wesentliche Rolle für den Schutz in dieser Zeit gespielt hat.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir beim Impfen so gut vorwärtsgekommen sind, verdanken wir nicht Ihnen, sondern das verdanken wir ganz wesentlich Olaf Scholz und Karl Lauterbach. Herr Kollege Hagen hat es vorhin gesagt: Wenn Sie noch das Sagen hätten, dann hätten wir einen Lockdown und Schulschließungen gehabt. All das hat Olaf Scholz als Bundeskanzler vermieden.

(Beifall bei der SPD)

Genau deswegen, wegen dieser richtigen Politik, können wir jetzt auch über verantwortungsvolle Lockerungen reden, Schritt für Schritt. Sie sind die Trittbrettfahrer, die davon profitieren wollen, obwohl Sie selbst nichts dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wem wir es aber ganz sicher nicht verdanken, das ist der hiesige Ministerpräsident. Er steht nicht für Vorsicht und Augenmaß, wie er fälschlicherweise behauptet, sondern er steht inzwischen nur noch für Zickzack, für destruktive Opposition und für prinzipienlosen Populismus.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben natürlich schwere Fehler bei der Pandemiebewältigung gemacht: Mebis, Testversagen, Maskendeals. Ich erinnere nur an die 48 Millionen Euro Provision für Frau Tandler. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Diese Millionen mussten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zahlen. Da sollten Sie einmal für Aufklärung sorgen. Unsere Klage am Verfassungsgerichtshof läuft, weil Sie nichts oder zu wenig dazu beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben selbst lautstark die Impfpflicht für Pflegekräfte gefordert. Nun setzen Sie ihre Umsetzung infrage, nur weil es Gegenwind gibt und Sie daraus politische Vorteile ziehen wollen. Sie schwadronieren von allgemeiner Impfpflicht, aber die CDU und die CSU verweigern sich den Anträgen und den Gesprächsangeboten im Deutschen Bundestag für eine gemeinsame Verabschiedung – und das ohne überzeugende Argumente, allein um des parteipolitischen Vorteils willen.

Es gibt auch einen Grund, warum wir in Bayern sowohl bei den Impfungen für ältere Menschen als auch beim Boostern wieder zurückliegen. Das liegt auch daran, dass die Staatsregierung viel zu wenig tut, um das Impfen voranzubringen, und die Verantwortung an die Kommunen abschiebt, wie zum Beispiel bei der Impfaufforderung per Brief an ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei der SPD)

Sie verlassen die gemeinsame Linie der Verantwortung – mit Sonder- und Söder-Regelungen. Die geplanten Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz aber – die Ihnen natürlich längst vorliegen – wollen Sie ganz schnell in Bayern umsetzen. Sie kopieren sie, damit Herr Söder möglichst als Erster in den Medien steht. Wie billig und durchschaubar ist das denn!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich schon lange aus der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen in Deutschland verabschiedet. Gemeinsames Vorgehen und Zusammenarbeit – das sind für Markus Söder Fremdwörter, selbst bei einem so wichtigen Thema wie Corona. Offensichtlich ist Ihnen der politische Ego-Trip wichtiger. Ich empfehle deshalb der CSU als neuen Wahlkampfslogan: "Söder – näher am Ich".

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen uns aber von Ihrem populistischen und parteipolitischen Kurs nicht beirren. Wir handeln in der Regierungskoalition im Einklang und gemeinsam mit der Mehrheit

der Bundesländer – aus Verantwortung für Deutschland, für unser Bayern und vor allem zum Schutz der Menschen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr von Brunn. Bitte noch am Rednerpult bleiben; es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Andreas Winhart. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, Sie schreiben in Ihrem Antrag:

Die Öffnungsschritte und die Impfkampagne sollen mit einer transparenten und klaren Kommunikation begleitet werden.

Ich würde Sie jetzt gern fragen: Wo war die klare und transparente Kommunikation aus dem Haus von Herrn Lauterbach, Ihres Parteigenossen von der SPD, als es um den Genesenenstatus ging? War das die gleiche Kommunikation, die wir von Ihnen zu erwarten haben, wenn es hier um die Impfkampagne und die Öffnungsschritte geht?

Dann hätte ich gern noch eine Antwort auf meine zweite Frage: Herr Lauterbach spricht heute davon, dass der Höhepunkt der Corona-Welle überschritten sei. Wann können wir denn einmal von der SPD hier im Landtag konkrete Vorschläge hören, was wie zu lockern ist?

Florian von Brunn (SPD): Herr Winhart, ich vermeide das Wort "Kollege", weil ich mich mit der AfD nicht gemein machen will.

(Andreas Winhart (AfD): Das stimmt! Da haben wir wieder nichts gemeinsam!)

Herr Winhart, Karl Lauterbach ist ein wirklicher Experte auf diesem Gebiet. Er kommuniziert sehr transparent und nachvollziehbar. Wenn Sie am Sonntag "Anne Will" gesehen hätten, dann könnten auch Sie das einsehen.

Im Übrigen: Zumindest wir haben die Vorlage für die morgige Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler. Darin stehen konkrete Lockerungsschritte. Nach diesem Plan werden am 20. März alle tiefergehenden Einschränkungen fallen. Bis dahin werden wir vorsichtig und mit Augenmaß vorgehen. Wir werden es sicherlich nicht so machen wie die AfD seit Beginn der Corona-Krise: lautstark und krakeelerisch.

Wir können gut sehen – das ist ja ein ähnlicher Kurs wie der, den Trump in den USA fuhr –, was in den USA passiert ist, wie viele Menschen dort erkrankt oder sogar gestorben sind. Eine verantwortungslose Politik, wie sie von Ihnen vorgeschlagen wird, machen wir, die SPD, ganz sicher nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Nachfrage, vom Abgeordneten Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr von Brunn, Sie haben auch über das Impfen gesprochen. Ich will Ihre Behauptung schon noch einmal ins rechte Licht rücken; denn gerade bei der Impfpflicht steht ja der Bund in der Verantwortung. Ich stelle fest, dass der Bundeskanzler – ich erwähne ihn, weil Sie den Ministerpräsidenten angesprochen haben – in dieser Frage sehr orientierungslos wirkt und in Interviews immer zugesteht, dass er keine Mehrheit findet, um seinen Weg gehen zu können. Das heißt, dass in der Ampelkoalition große Uneinigkeit herrscht. Dort gibt es Streit, und es kommt zu einem Hü und Hott bei der Wahrnehmung von Verantwortung. Unter dem Strich heißt das: Der Bundeskanzler ist an dieser Stelle führungsunfähig.

Der zweite Punkt: Sie haben von "Trittbrettfahrerei" gesprochen.

Florian von Brunn (SPD): Von?

Sandro Kirchner (CSU): Sie haben von "Trittbrettfahrerei" gesprochen.

Florian von Brunn (SPD): Genau.

Sandro Kirchner (CSU): Jetzt muss ich Sie schon einmal persönlich fragen – weil Sie hier groß gesprochen haben und jeden Anstand haben vermissen lassen –: Was haben Sie eigentlich in der ganzen Pandemie dazu beigetragen – außer durch Beleidigungen und durch ein Von-oben-Herab aufzufallen –, dass die Dinge konstruktiv angegangen werden konnten und es zu Lösungen gekommen ist?

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön, Herr Abgeordneter von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kirchner, diese Frage gebe ich gern an Sie zurück: Was haben eigentlich Sie dazu beigetragen – außer hier die Hand für den Regierungskurs zu heben –, dass es in der Pandemie besser wird? Ich kann insoweit nichts erkennen. Schauen Sie einmal in den Spiegel, und dann reden wir weiter. Das ist der erste Punkt.

Ansonsten gilt: Sie versuchen es immer wieder. Ich verstehe Sie; denn es ist frustrierend, wenn man in der Opposition ist, wenn man nichts mehr zu sagen hat und nicht mehr so "kompetente" Minister wie Andi Scheuer stellt, der Hunderte Millionen Steuergeld in den Sand gesetzt hat. Das schafft natürlich Frustration. Deshalb versuchen Sie, sich an Olaf Scholz abzuarbeiten.

Was schon Franz Josef Strauß gesagt hat, gilt auch heute: Was stört es die Eiche, wenn sich ... und so weiter; Sie kennen sicherlich dieses Diktum. Also, ganz ehrlich, hören Sie auf mit der Parteipolitik! Setzen Sie sich kritisch mit Ihren eigenen Fehlern auseinander! Dann kommen wir in diesem Land weiter.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das war es. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, Sie haben ein "Avanti Dilettanti" an den Bund gerichtet. Ihr Ernst? Ich hätte mir von Ihrer Regierungserklärung deutlich mehr erwartet.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an handwerkliche Fehler der Staatsregierung in der Pandemie erinnern. Ich nenne beispielhaft nur drei:

Erster Punkt: Die Teststrategie mit Lolli-Tests ist bis heute nicht flächendeckend umgesetzt. Österreich testet deutlich mehr im PCR-Style als Bayern bzw. Deutschland insgesamt.

Zweiter Punkt: die Corona-Regeln. Bis heute versteht diese kein Mensch. Auch mit der neuen Regelung schaffen Sie weitere Unklarheit.

Der dritte Punkt: die Impfstrategie. Kein Hausarzt hat bis zum heutigen Tag die richtige Menge an Impfstoff. Aktuell werden Impfstoffe weggeschmissen.

In diesem Zusammenhang geht mein Appell an diejenigen, die gesagt haben – Frau Dr. Merk hat es bereits angesprochen –, dass sie sich impfen lassen wollen, wenn ein Totimpfstoff kommt: Bitte lassen Sie Ihren Worten auch Taten folgen!

Sie hatten 16 Jahre Zeit, das Gesundheitssystem zukunftssicher zu machen. Ich würde mir von Ihnen eine konstruktive Mitarbeit auf der Bundesebene wünschen.

Der Staat kann nicht auf Dauer das Lebensrisiko des Einzelnen tragen – ein bemerkenswerter Satz, der auf der Pressekonferenz nach der heutigen Kabinettsitzung durch Herrn Ministerpräsidenten Söder gefallen ist. Wir begrüßen den Sinneswandel

der Bayerischen Staatsregierung und heißen Sie, wie schon vom Kollegen Hagen ausgeführt, herzlich willkommen im "Team Freiheit"!

(Beifall bei der FDP)

Die Lage hat sich zum Glück beruhigt. Derzeit befinden sich 372 Personen auf den bayerischen Intensivstationen; das ist gerade noch ein Drittel, gemessen am Peak der vierten Welle. Auch in Bayern ist die Hospitalisierungszahl stabil; sie liegt bei 5,3. An dieser Stelle merke ich wiederholt kritisch an, dass diese Zahl nach wie vor nicht bereinigt erscheint.

Wir stehen am Scheitelpunkt der Pandemie. Die Zeichen stehen auf Lockerungen. Das sehen nicht nur die Freien Demokraten so, sondern auch der nationale Expertenrat der Bundesregierung.

Es ist gut, dass Bayern sich dieser Entwicklung anschließt und heute Lockerungen in Aussicht stellt. Allerdings wünschen wir uns eine noch ambitioniertere Öffnungsperspektive. Die Maßnahmen aus dem Ampel-Katalog im Infektionsschutzgesetz sind absolut ausreichend, um die Infektionslage unter Kontrolle zu behalten. Deshalb verstehen wir nicht, warum die Staatsregierung an ihren Ermächtigungen auf der Grundlage von § 28a Absatz 8 des Infektionsschutzgesetzes festhalten will. Diese braucht es schlichtweg nicht mehr.

Auch wirkt die Lockerung in vielen Bereichen zu vorsichtig: von 2G plus auf 2G, von 2G auf 3G. Bei Bars und Clubs spekuliert man über Öffnungen nach dem Fasching. Diese Trippelschritte sind kein echter Stufenplan und verunsichern die Bevölkerung zunehmend. Aus unserer Sicht wäre es genau jetzt sinnvoll, flächendeckend 3G einzuführen, bis die Maßnahmen am 20. März 2022 komplett abgeschafft werden.

So weit, so einfach. Einheitlich, transparent und nachvollziehbar müssen Beschlüsse der Politik für die Bevölkerung sein. Wir brauchen nach zwei Jahren Corona-Pandemie klare Ziele und eine klare Öffnungsperspektive.

Zu den Anträgen. Der Antrag der SPD hinterlässt einen leicht verstaubten Retro-Eindruck. Unabhängig davon sind die Maßnahmen, die gefordert werden, sinnvoll und richtig. Wir werden uns diesem Antrag anschließen und ihm sehr gerne zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bei den GRÜNEN ist es ebenso; natürlich müssen wir die Kollateralschäden und vor allem aber auch – und das sage ich in aller Deutlichkeit – die Kinder im Auge behalten. Auch diesem Antrag werden wir zustimmen.

Zum Antrag der AfD. Man muss sich nur die zehn Punkte durchlesen – bei Punkt 3 beginnt man mehr als zu zweifeln. Diesen Antrag aber genauso auch den Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Spitzer. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen; er ist von der CSU-Fraktion: der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Herr Seidenath. Bitte schön, Herr Abgeordneter Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Freiheit und Verantwortung – das sind siamesische Zwillinge in der Pandemie. Mit Augenmaß lockern – das ist das Gebot der Stunde, und das tut die Staatsregierung.

Dabei ist es gut, dass wir auf Sicht fahren. Das Coronavirus hat uns nämlich in den letzten zwei Jahren immer wieder überrascht. Letztlich gab es jeden Tag eine neue Lage. Wir müssen gewappnet sein, und wir müssen gewappnet bleiben. Vorsicht ist deshalb ein guter Ratgeber; es geht schließlich um Menschenleben.

Wir können lockern, aber die Pandemie nicht für beendet erklären; denn wir haben eine Schutzpflicht für die Menschen in unserem Lande. So hat es Klaus Holetschek in seiner herausragenden Regierungserklärung ausgedrückt.

Lassen Sie uns doch noch einmal auf das vergangene Jahr zurückblicken. Da hat die FDP am 1. September gefordert, unverzüglich einen Freiheitstag auszurufen; dieser sollte der 3. Oktober sein. Genau diejenigen, die dies gefordert hatten, haben uns dann wenige Wochen später inmitten der vierten Welle im November vorgehalten, wir hätten mehr und bessere Vorbereitungen treffen müssen, insbesondere für mehr Intensivkapazitäten. – Das ist die schrillste Kehrtwende, die man sich nur vorstellen kann. Das war eine kapitale Bruchlandung für das selbst ernannte "Team Freiheit".

Deshalb: Wir müssen auf der Hut bleiben. Wir müssen das Virus einschätzen. Es ist unberechenbar. Wir müssen auf Sicht fahren und öffnen, wo und wie es möglich ist. Wir können die Pandemie aber nicht für beendet erklären.

(Beifall bei der CSU)

Es ist richtig, dass wir die epidemische Lage von nationaler Tragweite heute verlängern, die uns die grundlegenden Maßnahmen ermöglicht, etwa die Verpflichtung zum Tragen einer Maske beim Einkaufen oder im öffentlichen Nahverkehr, die Abstandsregeln oder das Testregime an den Schulen.

Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht ist letztlich alles gesagt. Ich kann nur sagen: Wenn das eine Bundesland durchgehen lässt, was in einem anderen Bundesland zu einem Bußgeld führt, versteht das niemand mehr. Die Menschen würden den Kopf schütteln und das Vertrauen in die Gesetze und Vorschriften verlieren, so wie es bei der handstreichartigen Verkürzung des Genesenenstatus auf drei Monate seitens des RKI passiert ist. Jetzt hat es diese doch wieder zurückgenommen; für geimpfte Personen bleibt es bei sechs Monaten. Hier ist der Punkt erreicht, dass sich keiner mehr auskennt. Hier herrscht Chaos in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Ein schlampiger Vollzug ist nicht das Markenzeichen des Freistaats Bayern. Wir sind keine Bananenrepublik.

Die Uneinigkeit, ja die Zerstrittenheit der Ampel-Fraktionen ist doch unübersehbar. Die FDP will öffnen; die GRÜNEN wollen genau das Gegenteil; die SPD will vor allem eine Wissenschaft daraus machen; in der Theorie muss alles stimmig sein. Daran muss man stur und ungeachtet der weiteren Entwicklung festhalten. Vor allem aber will die SPD ihren Gesundheitsminister und ihren Bundeskanzler aus der Schusslinie halten, sodass sich der Kanzler auch nicht aus der Deckung wagen muss und seine Hände weiter in den Schoß legen kann. Bundeskanzler ist man aber nicht durch Lieblichkeit, durch Zurückhaltung oder durch das Heraushalten aus Konflikten, sondern durch Führungsstärke. "Richtlinienkompetenz" nennt das unser Grundgesetz in Artikel 65. Das ist – ich muss besser sagen: das wäre – gerade in der jetzigen Zeit so wichtig.

Genau das ist das, was der aktuelle Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am wenigsten ausstrahlt. Da ist unser Bundespräsident viel klarer im Duktus. Am Sonntag bei der Bundesversammlung habe ich bei der Rede des wiedergewählten Präsidenten bei einigen Passagen gedacht, dass da der Bundeskanzler spricht, während der etwas gelangweilt oder gar zögerlich klatschende Mann in der ersten Reihe dann der Bundespräsident sei. – Vertauschte Rollen! Als Bundeskanzler sollte man bitte nicht nach dem Motto verfahren: "da hilft nur beten", wobei Herr Scholz bei seiner Vereidigung durch die Eidesformel, die er gesprochen bzw. nicht gesprochen hat, deutlich gemacht hat, dass er nicht einmal das tut.

(Beifall bei der CSU)

Führung und Führungsstärke sind angesagt, gerade jetzt im Inland bei Corona und im Ausland bei Russland im Ukraine-Konflikt.

Am Ende der Debatte, meine Damen und Herren, können und sollten wir genau das tun, was unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek an den Anfang seiner Regierungserklärung gerückt hatte, nämlich ein Dankeschön zu sagen, ein Vergelts Gott an alle, die dazu beigetragen haben, dass wir den Weg bis hierher gehen konnten,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

einen Dank zu sagen, Herr von Brunn, den Fachkräften in den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen, den Medizinischen Fachangestellten, denen Sie in Berlin auch einmal einen Corona-Bonus geben sollten. Schämen Sie sich, dass das bisher nicht passiert ist! Die MFAs halten die Praxen am Laufen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Hören Sie doch einmal zu! Herr Präsident, der Mann hört nicht einmal zu. – Gerade die MFAs haben die Praxen am Laufen gehalten. Ein Dankeschön sollten wir allen sagen, die sich haben impfen und boostern lassen und die dies in diesen Tagen auch noch tun. Danke auch allen, die geholfen haben, Therapeutika zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte schließlich auch der Staatsregierung ein dickes Dankeschön sagen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitsministerium, im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, in den Gesundheitsämtern vor Ort – diese haben bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus gearbeitet und tun dies weiterhin –, unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek und unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Wir sind in Bayern durch die Staatsregierung gut regiert, auch auf den, so hoffen wir alle, letzten Metern dieser Pandemie.

(Beifall bei der CSU)

Stehen wir diese noch gemeinsam mit Freiheit und Verantwortung durch, wie es Klaus Holetschek ausgedrückt hat. Die Staatsregierung hat hierfür heute eine hervorragende Grundlage gelegt.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Ich bitte, am Rednerpult zu bleiben: Herr Dr. Spitzer hat noch eine Zwischenbemerkung.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie hatten die MFAs erwähnt. Seit circa eineinhalb Jahren besteht die Forderung des Bayerischen Hausärzteverbandes, den MFAs auch einen Bonus auszuzahlen. Sie richten diese Forderung jetzt an den Bund. Warum haben Sie das in Bayern nicht selbst umgesetzt oder vielleicht sogar auf Bundesebene, als Sie noch an der Regierung waren?

Bernhard Seidenath (CSU): Lieber Herr Kollege Dr. Spitzer, ich bin der Meinung, dass Bayern immer Vorreiter ist, dass aber auch der Bund Zeichen setzen muss und sollte. Er hat ja auch den Corona-Pflegebonus an die Pflegekräfte bezahlt. Es ist jämmerlich, dass die Medizinischen Fachangestellten seitens des Bundes vergessen werden. Jetzt gibt es das klare Signal, dies nachzuholen. Wenn sich die GRÜNEN-Spitze selbst einen Corona-Bonus genehmigen kann, dann können wir das bitte auch für die MFAs dieses Landes tun. Das wäre nur gerecht und angebracht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich lasse jetzt über die mitberatenen Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN auf der Drucksache 18/21085 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/21086 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/21087 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle anderen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich stelle fest, dass an keiner der Abstimmungen fraktionslose Kollegen teilgenommen haben.

Ich lasse nunmehr über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/21088 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Auch hier ist niemand von den Fraktionslosen da. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 18/21089 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die FDP-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD. Auch hier sind keine Fraktionslosen anwesend. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.